

Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD Essen
zur Zusammenarbeit im Rat der Stadt Essen

2025-2030

ESSEN GEMEINSAM VORANBRINGEN.

SPD
Für Essen.
Für Dich.

 **CDU**
KREISVERBAND ESSEN

Essen gemeinsam voranbringen

Inhalt

Präambel	1
Eine sichere und saubere Stadt	2
Bezahlbares Wohnen & lebenswerte Stadtteile	5
Verkehr & Mobilität	9
Klimaschutz, Umwelt & zukunftsfähige Energie	13
Starke Wirtschaft, gute Arbeit, Innovation & digitale Stadtverwaltung	17
Bildung, Familien, Kinder & Jugend	22
Integration, Soziales, Gesundheit & Seniorenpolitik	28
Sport & Kultur.....	31

Präambel

Essen steht vor großen Herausforderungen – und großen Chancen. CDU und SPD übernehmen diese Verantwortung gemeinsam. Das Wahlergebnis verpflichtet uns, eine verlässliche Mehrheit zu bilden, die das Leben der Menschen in allen Stadtteilen spürbar und sichtbar verbessert sowie die Gemeinschaft und die demokratischen Grundwerte schützt.

Wir arbeiten respektvoll und verlässlich zusammen. Wir sprechen Probleme klar an und setzen auf pragmatische, konkrete und zügig umsetzbare Lösungen, die Chancen eröffnen, Teilhabe sichern und die Lebensqualität nachhaltig steigern.

Sicherheit und Ordnung sind Grundvoraussetzungen für ein gutes Zusammenleben. Wir wollen, dass sich alle Menschen in Essen – auf Straßen, Plätzen und in ihren Quartieren – sicher fühlen können. Gleichzeitig schaffen wir Aufstiegsperspektiven durch Bildung für alle und setzen uns auch dafür ein, dass Herkunft nicht über Zukunft entscheidet.

Wir streben das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Stadtteilen an. Mit einer langfristigen Aufwertungsstrategie stärken wir insbesondere die herausgeforderten Quartiere im Essener Norden, verbessern soziale und wirtschaftliche Perspektiven und erhöhen die Attraktivität des gesamten Stadtgebiets.

Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD Essen zur Zusammenarbeit im Rat der Stadt Essen für die Ratsperiode 2025–2030

Mit diesem Koalitionsvertrag legen wir die Grundlage für eine Politik, die das Gemeinsame über das Trennende stellt. Wir wollen Essen zukunftsfähig aufstellen und erreichen, dass unsere Stadt für ihre Bürgerinnen und Bürger eine hohe Lebensqualität sicherstellt.

Wir handeln aus Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern – und aus der Überzeugung, dass unsere Stadt nur mit einer starken demokratischen Mitte die Probleme der Menschen lösen und erfolgreich sein kann.

Eine sichere und saubere Stadt

Ordnung und Stadtsauberkeit

Unsere Straßen und Plätze in der Innenstadt und in den Stadtteilen müssen sicher, sauber und lebenswert sein, gerade in den Abendstunden sowie an Wochenenden und Feiertagen. Dafür muss die Stadtverwaltung mit dem Kommunalen Ordnungsdienst Präsenz zeigen. CDU und SPD werden die kontinuierliche personelle Aufstockung fortsetzen. Diese muss spürbar in der Präsenz sein. Gut ausgebildete, für soziale Problemlagen sensibilisierte und einsatzgerecht ausgestattete Ordnungskräfte sind das Ziel. Zuständigkeitsgrenzen dienen der Handlungsfähigkeit und nicht als formale Hürden, etwa in der Verkehrsüberwachung oder im Umgang mit der Auto-Poser-Szene.

Konsequentes Handeln und weitere Einsatzmittel (z. B. Diensthunde, rechtssicherer Einsatz von Tasern) sind für uns Bestandteile einer umfassenden Sicherheitsstrategie. Die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit der Polizei sowie Verstärkungen durch Sicherheitsdienste sind für uns fester Bestandteil einer spürbaren Präsenz vor Ort.

Zu einer sicheren Stadt gehört auch ein sauberes und intaktes Stadtbild. Neben ortsnahe und bedarfsorientierten Recyclingstationen werden wir schnelle Lösungen anregen, um wilde Müllkippen, herumstehende Einkaufswagen sowie Schmierereien und verdreckte oder beschädigte Sitzbänke und Poller, fehlende Mülleimer usw. zu beseitigen. Dazu gehört auch die Pflege des Begleitgrüns.

Städtische Unternehmen werden wir einbeziehen, um zügig und dauerhaft Abhilfe zu schaffen. Die Beseitigung beziehungsweise Instandsetzung wird gemeinsam mit Ahndung und Verfolgung der Verursacher gedacht. In der Innenstadt und in den Stadtteilen werden wir die Reinigungsintervalle intensivieren und Müll-Detektive gezielt einsetzen. Außerdem werden wir das erfolgreiche Konzept der Quartiershausmeister zur Verbesserung der Sauberkeit in den Wohnquartieren gezielt auf weitere Stadtteile ausweiten.

Verbesserung des individuellen Sicherheitsempfindens

Wir wissen, dass dunkle und schlecht einsehbare Orte das Sicherheitsgefühl beeinträchtigen oder konkrete Gefahren erzeugen können. Wir gehen dies an und entwickeln ein Programm zur

Identifizierung und Beseitigung von Angsträumen. Dabei werden insbesondere die Perspektiven von Frauen und von Menschen mit unterschiedlichen Schutzbedarfen einbezogen.

Wir werden mit Maßnahmen wie ausreichender Beleuchtung, Rückschnitt von Buschwerk, baulichen Anpassungen sowie gezielter Belebung schnell Abhilfe schaffen. Solche Angsträume dürfen künftig gar nicht erst entstehen. Leerstehende und verwaiste Gebäude prägen unser Stadtbild negativ und können Gefahrenräume schaffen. Wir setzen den gezielten Ankauf und die Neuentwicklung solcher Immobilien fort und werden dabei auch verstärkt die bisherigen Eigentümer in die Pflicht nehmen.

Wir werden mit Unterstützung des Kriminalpräventiven Rates sowie durch städtebauliche, sicherheitspolitische und soziale Maßnahmen die Stadt sicherer machen. Zusätzlich werden wir die rechtlichen Möglichkeiten für eine intelligente Videobeobachtung voll ausschöpfen. Lösungen müssen schnell herbeigeführt und durch weitere Maßnahmen, etwa situative Beleuchtung und Verbotszonen, ergänzt werden.

Für uns sollen insbesondere die Innenstadt und die Stadtteile sicher, sauber und für alle Bürgerinnen und Bürger lebenswert sein. Offener Drogenkonsum und aggressive Bettelei gehören nicht dazu. Wir werden zeitnah mit einem Präsenz- und Eingreifkonzept reagieren. Platzverweise oder Verbotszonen sind für uns daher kein Tabu. CDU und SPD stehen zugleich für eine Politik, die Hilfe nicht ausschließt. Wir betrachten Repression und Prävention als sich ergänzende Bestandteile, damit Sicherheit und Menschlichkeit gleichermaßen gewahrt bleiben. Deshalb werden wir für Essenerinnen und Essener mit Suchterkrankungen und in sozialen Notlagen eine noch bessere Unterstützung durch Streetwork sowie Beratungs- und Therapieangebote schaffen. Wer allerdings dauerhaft Hilfsangebote verweigert und gegen Regeln des Zusammenlebens verstößt, wird mit klaren Konsequenzen rechnen müssen.

Öffentliche Veranstaltungen machen unsere Stadt attraktiv. Wir wollen keine zusätzlichen Belastungen für teils ehrenamtliche Veranstalter. Deshalb werden wir ein zentrales und standardisiertes Sicherheitskonzept für traditionelle Veranstaltungsflächen sowie eine zentrale Anlaufstelle für Veranstalter prüfen. Die finanzielle Beteiligung von Bund und Land bei der Terrorabwehr verfolgen wir weiter.

Schutzräume vor geschlechterspezifischer Gewalt

Wir wollen allen von häuslicher Gewalt betroffenen Frauen sowie Männern verlässlich zur Seite stehen. Daher beabsichtigen wir, unser Unterstützungsangebot zu erweitern und künftig auch Gewaltschutzwohnungen für Männer und ihre Kinder anzubieten. Gleichzeitig setzen wir verstärkt auf öffentlichkeitswirksame Präventionsarbeit gegen geschlechterspezifische und häusliche Gewalt.

Chancen und Herausforderungen durch Zuwanderung

CDU und SPD stehen für Integration, aber auch hier gilt der Grundsatz des Förderns und Forderns. Wir fördern Integrationsbereitschaft und Eigenverantwortung, um Menschen faire Perspektiven zu eröffnen. Dies setzt jedoch auch den Willen zur Integration und zur Achtung unserer Werte voraus. Ausländische Straftäter gehören nicht dazu. Deshalb unterstützen wir alle Maßnahmen zur schnellen und konsequenten Abschiebung straffällig gewordener Ausländer. Grundlage des Zusammenlebens in unserer Stadt sind gegenseitiger Respekt, die Anerkennung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und die Einhaltung unserer Gesetze. Organisierte Kriminalität und Sozialmissbrauch untergraben das Vertrauen in den Rechtsstaat, schwächen den gesellschaftlichen Zusammenhalt und gefährden das friedliche Miteinander. Wir wollen einen „360-Grad-Blick“ in der Stadtverwaltung etablieren. Konkret hat die Stadt intensiver ämterübergreifende Maßnahmen zur Fortsetzung der Null-Toleranz-Strategie bei Clan-Kriminalität und Tumulten anzugehen. Für uns gehören eine konsequente Vermögensabschöpfung bei Kriminellen und die Unterbindung krimineller Wirtschaftsaktivitäten dazu. Im Kontext von Problemimmobilien, Sozialleistungsmissbrauch und illegaler Beschäftigung setzen wir auf eine enge und koordinierte Zusammenarbeit der zuständigen Behörden im Rahmen eines Handlungskonzepts „Armutsmigration Südosteuropa“. Ziel ist es, bestehende Missstände konsequent zu bekämpfen und soziale Notlagen zu entschärfen. Verdrängungseffekten aus den umliegenden Städten begegnen wir entschieden. Gleichzeitig wollen wir aber auch den vielen Integrationswilligen die entsprechenden Chancen bieten. Hierzu werden wir eine Verbesserung der Bearbeitungszeiten der Ausländerbehörde angehen. Dazu gehören schnellere Termine und damit schnellere Entscheidungen. Diese sind wichtig für die (Arbeits-)Integration.

Insbesondere im Welcome- und Servicecenter und im Einbürgerungssachgebiet sind digitale Lösungen besser zu nutzen. Dazu gehören auch KI-gestützte Anwendungen; durchgängig und ohne Medienbrüche.

Grillzonen

Grillzonen sollen überprüft und bei Bedarf angepasst werden. Das Projekt Löwental dient dabei als Modell. Ziel ist es, bestmögliche Lösungen sowohl für die Nutzerinnen und Nutzer als auch für die Anwohnerinnen und Anwohner zu finden.

Die Nutzung öffentlicher Flächen ist ein wichtiger Bestandteil gesellschaftlicher Teilhabe. Grundlagen dieser Teilhabe sind jedoch ein respektvolles Miteinander sowie die Achtung des öffentlichen Raums als Gemeingut. Werden Regelungen nicht eingehalten, können individuelle Maßnahmen wie Platzverweise oder Nutzungsuntersagungen geprüft und, sofern rechtlich möglich, angewendet werden. Sollte es im Ergebnis nicht zu den erhofften Verbesserungen kommen, ziehen wir als letzte Konsequenz auch ein generelles Grillverbot in Betracht.

Öffentliche Toiletten

Wir werden den Ausbau öffentlicher Toiletten forcieren. Dabei geht es neben Anzahl und Verteilung auch um die Qualität des Angebots. Wir unterstützen die Initiative „Nette Toilette“ und sprechen uns für eine stärkere analoge und digitale Kenntlichmachung der Standorte aus. Eine flächendeckende Versorgung kann durch die Förderung und Ansiedlung von Bezahlanbietern ergänzt werden.

Durchsetzung von Mindestentgelten für Mietwagen

Wir werden die Einhaltung der ab 2026 geltenden Mindestentgelte für Mietwagenunternehmen kontrollieren und die Zusammenarbeit mit dem Zoll stärken, um so einen fairen Wettbewerb zwischen Taxi- und Mietwagengewerbe sicherzustellen.

Katastrophenschutz und Resilienz

Die Stadt Essen steht vor vielfältigen Herausforderungen durch Naturkatastrophen (Starkregen, Hochwasser, Sturmereignisse, Waldbrände), mögliche Störfälle (Stromausfälle, Cyberangriffe) sowie Bedrohungsszenarien aufgrund der weltpolitischen Lage.

CDU und SPD setzen sich dafür ein, dass die Bedarfsplanungen für Rettungsdienst, Brandschutz und Katastrophenschutz, unter Einbeziehung des Zivilschutzes, zeitgerecht umgesetzt und konsequent fortgeschrieben werden. Dazu gehört die Neuausrichtung der baulichen Infrastruktur ebenso wie die Erweiterung des Katastrophenschutzes um Aspekte der zivilen Verteidigung. Die Resilienz der Bevölkerung sowie der kritischen Infrastruktur, insbesondere der medizinischen, ist ein zentrales Ziel unserer Politik.

Nach erfolgter Beschaffung von Fahrzeugen und Sachausstattung sowie der Förderung für ehrenamtliche Angehörige der Freiwilligen Feuerwehren setzen sich CDU und SPD für eine angemessene Förderung der fünf im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen ein. Bei allen öffentlichen Bau- und Planungsprozessen werden Anforderungen an kritische Infrastruktur und Katastrophenschutz einbezogen. So stärken wir die Resilienz der Stadt im Krisenfall.

Bestehende und zukünftige Bauten – insbesondere Schulneubauten – können so konzipiert oder nachgerüstet werden, dass sie für eine solche Nutzung dienen können. Auch bei Sanierungen öffentlicher Einrichtungen müssen Katastrophenschutzaspekte berücksichtigt werden.

Bezahlbares Wohnen & lebenswerte Stadtteile

Strategisches Leitbild unserer Stadtentwicklung

Unsere Stadtentwicklung orientiert sich an klaren Zielen: kurze Wege, lebendige Nachbarschaften, funktionierende Infrastrukturen, bezahlbares Wohnen und wirtschaftliche Perspektiven. Nachhaltige Stadtentwicklung bedeutet für uns, ökologische Verantwortung,

Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD Essen zur Zusammenarbeit im Rat der Stadt Essen für die Ratsperiode 2025–2030

wirtschaftliche Stärke und soziale Gerechtigkeit miteinander in Einklang zu bringen. Wir stellen bei allen Lösungen die Bedürfnisse der Menschen vor Ort in den Mittelpunkt und priorisieren dringliche Themen unabhängig vom Stadtteil. CDU und SPD stellen die zukünftige Stadtentwicklung Essens auf eine gemeinsame Grundlage. Wir definieren Essen als gestaltende und vorausschauende Kommune, die Orientierung gibt und die zentralen Herausforderungen der kommenden Jahre bündelt. Ein Handlungsrahmen für die Wohnraumentwicklung wird dem Leitbildprozess als zentraler Baustein vorangestellt. Unser Ziel ist eine Stadt, in der sich alle Essenerinnen und Essener in ihrem Wohnumfeld zuhause und gut aufgehoben fühlen.

Wir erarbeiten das Leitbild im engen Austausch mit Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Stadtgesellschaft. Es bildet zukünftig die Grundlage für Planungsentscheidungen, Förderstrategien und die Steuerung von Projekten im Zentrum des Ruhrgebiets.

Große städtische Grundstücke werden ausschließlich im Rahmen von Konzeptvergaben vergeben, deren Bewertung sich aus dem Leitbild sowie aus projektspezifischen Kriterien zusammensetzt. Zur Umsetzung unserer planungspolitischen Leitidee nutzen wir die rechtlichen Instrumente, die der Stadt zur Verfügung stehen, konsequent aus. Dazu zählen insbesondere das kommunale Vorkaufsrecht sowie städtebauliche Verträge. Ein besonderes Augenmerk gilt architektonisch prägenden Gebäuden mit anspruchsvoll gestalteten Fassaden, die das Stadtbild über Jahrzehnte mitbestimmt haben und die Qualität von Quartieren ausmachen. Wo immer möglich, wollen wir ihren Erhalt sichern.

Wir stärken die wirtschaftliche Basis unserer Stadt, indem wir bestehende Gewerbeflächen weiterentwickeln, neue Standorte erschließen und verlässliche Rahmenbedingungen für Unternehmen schaffen. Eine leistungsfähige Infrastruktur ist dabei zentrale Voraussetzung für Investitionen, Innovationen, gute Bildung und gute Arbeit.

Wohnen und Bauen in Essen

Essen soll Menschen unabhängig von Alter, Lebenslage oder Einkommen guten und bezahlbaren Wohnraum bieten. Mindestens 40% der neu gebauten Wohnungen sollen öffentlich gefördert werden. Wir nutzen wirtschaftlich tragfähige Bauweisen, etwa serielles Bauen, stocken bestehende Gebäude auf und entwickeln brachliegende Flächen. Innenentwicklung hat Vorrang. Mit Unterstützung des Bau-Turbos der Bundesregierung heben wir Flächenpotenziale unbürokratisch und ressourcenschonend. Eigentümerinnen und Eigentümer baureifer oder nach § 34 Baugesetzbuch entwicklungsfähiger Grundstücke sprechen wir gezielt an und bieten konkrete Unterstützung durch einen Baukoordinator an. Der Baukoordinator zeigt unter anderem Fördermöglichkeiten auf, fungiert als Ansprechpartner für Investoren oder unterbreitet Angebote für einen potenziellen städtischen Erwerb privater Flächen. Auch kleinere Flächen bringen wir in die Entwicklung, um bestehende Strukturen zu stärken und neue Wohnräume in gewachsenen Quartieren zu schaffen.

Eine leistungsfähige Bauverwaltung ist die zentrale Basis für die Stadtentwicklung und das Vertrauen in die öffentliche Hand. Wir beschleunigen Genehmigungs- und Prüfverfahren, ohne die Qualität der Entscheidungen zu mindern. Mit dem schnellen Umstieg auf das Bauportal.NRW digitalisieren wir das Baugenehmigungsverfahren. Automatisierte Vollständigkeitsprüfungen, transparente Bearbeitungsstände und medienbruchfreie Abläufe sorgen künftig für mehr Effizienz und Nachvollziehbarkeit. Die Bauberatung bauen wir deutlich aus, um Vorhaben frühzeitig zu begleiten, Verfahren zu erklären und Antragstellungen zu erleichtern. So stärken wir die Planungssicherheit, fördern Investitionen und entlasten Verwaltung, Bürger und Wirtschaft.

Wir führen eine praxisgerecht ausgestaltete und evidenzbasierte Zweckentfremdungssatzung ein, die sich auf die Umwandlung von Wohnraum in Wohnungen zur Kurzzeitvermietung konzentriert. Regelungen in der Zweckentfremdungssatzung zur verpflichtenden Anmeldung länger andauernder Sanierungen oder vorübergehender Leerstände werden so ausgestaltet, dass sie erst ab zwei Jahren greifen. Wir wollen Essen zudem als Modellkommune in Nordrhein-Westfalen positionieren, um Möglichkeiten zur effektiven Vermeidung von Fehlbelegungen im öffentlich geförderten Wohnungsbau zu erproben – ohne Bürokratieaufwuchs.

Berücksichtigung von Klimaaspekten bei Planungsprozessen

Die Erneuerung und Instandhaltung von Frisch-, Grau- und Regenwassersystemen sowie die kommunale Wärmeplanung werden frühzeitig und in enger Kooperation mit den Stadtwerken aufeinander abgestimmt und bei Neubauvorhaben berücksichtigt, sofern belastbare Planungen und Netzinfrastrukturen vorliegen. Wir wollen, dass in Essen wieder mehr gebaut und modernisiert wird – schnell, bezahlbar und mit Augenmaß. Dabei setzen wir auf Pragmatismus statt Überforderung: Gute, solide Lösungen, die sich umsetzen lassen, sind uns wichtiger als Maximalforderungen, die Projekte verzögern oder verteuern. Unsere Stadt braucht keine immer neuen Auflagen und Idealstandards, sondern klare Verfahren, Verlässlichkeit und eine Kultur des Ermöglichens. Ziel ist ein Bauen, das wirtschaftlich tragfähig, ökologisch verantwortungsvoll und für die Menschen bezahlbar bleibt. Wir wollen Fortschritt, der machbar ist – nicht Vorschriften, die verhindern.

Bauleitplanung und Projektentwicklung

Das Arbeitsprogramm Bauleitplanung ist das zentrale Steuerungsinstrument für die städtebauliche Entwicklung in Essen. Wir konzentrieren unsere begrenzten Ressourcen auf Projekte mit realistischen Umsetzungsperspektiven und bringen Vorhaben mit hoher Priorität voran. Zurückgestellte Planungen werden regelmäßig überprüft, um neue Möglichkeiten zur Realisierung zu nutzen – etwa durch den Einsatz des Bau-Turbos für die kleinräumige Innenentwicklung. So bleibt das Programm dynamisch, anpassungsfähig und strategisch ausgerichtet. Zusätzlich schaffen wir eine Lotsenfunktion, die Projekte mit besonderer

Bedeutung koordiniert und begleitet. Ziel ist es, Verfahren zu vereinfachen, Abläufe zu beschleunigen und eine offene, serviceorientierte Zusammenarbeit zu fördern. So wird Essen zu einem attraktiven und verlässlichen Standort für verantwortungsvolle Investoren, die mit ihren Projekten unsere Stadt nachhaltig stärken.

Wir treiben die Planungen zur A40-Deckelung zielgerichtet voran und schaffen die kommunalen Voraussetzungen für ihre Umsetzung. Ziel ist es, Frohnhausen und Holsterhausen städtebaulich zu verbinden und so die Grundlage für ein neues, lebendiges Quartier mit hoher Aufenthaltsqualität zu schaffen. Das Projekt steht für nachhaltige und zukunftsgerichtete Stadtentwicklung und wird unabhängig von einer möglichen Olympia-Bewerbung konsequent weiterverfolgt.

Parallel dazu setzen wir die Entwicklung der Brachfläche nordwestlich des Bahnhofs Kray-Nord neu in Bewegung, um auch dort eine Verbindung bislang getrennter Stadträume zu schaffen. Wir führen das Großprojekt Freiheit Emscher gemeinsam mit unseren Partnern fort und unterstützen eine zügige Realisierung dieses Leitprojekts für die Zukunft unserer Wirtschaft und den Wandel der Region.

Stadtteil- und Quartiersentwicklung

Zentrale Plätze in den Stadtteilen sind wichtige Treffpunkte, die jedoch oft nicht das Potenzial entfalten, das sie haben könnten. Sie dienen als Orte für Märkte, Stadtteilsteste, Parkplätze oder einfach zum Verweilen. Häufig befinden sich diese Flächen jedoch in einem verbesserungsbedürftigen Zustand. Wir setzen uns dafür ein, die bestehenden Fördermöglichkeiten zu nutzen, um diese Plätze aufzuwerten und als multifunktionale, lebendige Orte zu gestalten, die das soziale Leben in den Quartieren stärken. Die Koalitionspartner bekennen sich zum Hof- und Fassadenprogramm der Stadt Essen als erfolgreiches Instrument zur Aufwertung von Stadtquartieren. Das Programm soll fortgeführt und – sofern es die finanziellen Rahmenbedingungen erlauben – schrittweise auf weitere Stadtteile ausgeweitet werden. Die Quartiere in unserer Stadt stehen vor unterschiedlichen Herausforderungen. Daher werden wir auch ergänzend ein Lost-Places-Programm auflegen, um leerstehende oder brachliegende Immobilien und Grundstücke gezielt zu aktivieren. Ziel ist es, negative Auswirkungen auf das Umfeld zu vermeiden, neue Nutzungsperspektiven zu schaffen und die Aufenthaltsqualität in den Quartieren zu verbessern. Ergänzend zur Integrierten Sozialplanung werden die Erkenntnisse aus der Milieu-Studie gezielt bei zukünftigen Stadtplanungsprozessen genutzt. Auf dieser Basis werden wir die Fachverwaltung ein konkretes Handlungskonzept erarbeiten lassen. Durch konkrete Maßnahmen sollen städtebauliche Impulse gesetzt und das vorhandene Potenzial unserer Stadtteile wieder nutzbar gemacht werden.

Zukunft.Essen.Innenstadt

Das Konzept Zukunft.Essen.Innenstadt ist nach Jahren intensiver Analysen ein entscheidender Meilenstein für das Herz unserer Stadt. Wir wollen nun mit Mut und Überzeugung in die Umsetzung gehen und die erforderlichen finanziellen und personellen Ressourcen bereitstellen. Insbesondere wollen wir gemeinsam Plätze und Hauptwege zeitnah neugestalten sowie die Potenziale für das Wohnen in der Innenstadt erheben und in einem Modellprojekt erproben.

Städtische Immobilienstrategie

Städtische Dienststellen bringen wir vorrangig in eigenen Immobilien unter, die den Anforderungen einer modernen Arbeitswelt entsprechen. Wo möglich, prüfen wir den Ankauf statt der Anmietung von Büroflächen. Eigentum sichert langfristige Stabilität, senkt Mietkosten und erweitert den Handlungsspielraum der Stadt.

Ziel ist eine Immobilienstrategie, die wirtschaftlich tragfähig, effizient und zukunftsfest ist. Wir nehmen einen unter Druck geratenen Markt für Büroflächen wahr und sind uns der Verantwortung der Stadt Essen als bedeutender Marktteilnehmerin bewusst.

Bei der Entwicklung der städtischen Immobilie an der Rathenaustraße (Theaterpassage) und der weiteren Planung zum Verwaltungscampus werden wir pragmatische und umsetzbare Entscheidungen im Sinne einer zukunftsgerichteten Stadtentwicklung treffen.

Zusätzlich werden wir unseren eigenen städtischen Immobilienbestand sichern, modernisieren und durch vorausschauende Sanierungen langfristig erhalten.

Verkehr & Mobilität

Grundsätze der Mobilität

Mobilität beginnt mit dem ersten Schritt vor die Tür. Ob zu Fuß, mit dem Rad, dem Auto oder anderen Verkehrsmitteln – wir wollen diese Wege einfach, durchgehend und verlässlich gestalten. Mit pragmatischen Lösungen organisieren wir den begrenzten Verkehrsraum im Sinne der gesamten Stadtgemeinschaft. Dabei wollen wir vornehmlich Potenziale nutzen, die den Autoverkehr nicht einschränken, sondern das Miteinander der Verkehrsarten verbessern. Das von der Stadt Essen selbst gesetzte Ziel des Modal Splits ist für uns eine Orientierung und darf die Mobilitätsbedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger nicht behindern. Daher wollen wir die bisherigen Ziele einem Realitätscheck unterziehen. Um verstärkt auf praxisnahe, wirkungsvolle Lösungen zu setzen, richten wir den Essener Mobilitätsplan neu aus. Die aktuelle Planung sehen wir kritisch: Es braucht Augenmaß, echte Orientierung an den tatsächlichen Mobilitätsbedürfnissen und keine ideologischen Push-Maßnahmen.

Straßeninfrastrukturprojekte und Straßenverkehr

Statt langwieriger und teurer Komplettsanierungen setzen wir auf gesetzlich abgesicherte Standards und schnelle, bezahlbare Maßnahmen, um für alle Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer zeitnah spürbare Fortschritte zu erreichen. Modernisierung, Erhalt und Lückenschluss haben Vorrang vor Neubauprojekten. Wir beseitigen Gefahrenstellen (z. B. abrupt endende Wege) und entschärfen freie Rechtsabbieger. Wurzelaufbrüche und Schlaglöcher werden konsequent instandgesetzt. Bei der Beleuchtung setzen wir auf smarte, insektenschonende und energieeffiziente Lösungen. Bei Neubau, Sanierung und Unterhaltung öffentlicher Infrastruktur achten wir auf barrierefreie Übergänge, taktile Leitsysteme und gut zugängliche Querungsstellen. Wo vollständige Barrierefreiheit nicht realisierbar ist, streben wir barrierearme Lösungen an.

Wir intensivieren die Sanierung und punktuelle Erneuerung der zahlreichen Brückenbauwerke und wollen Umwege und Bauzeiten minimieren. Zukünftige Baumaßnahmen werden frühzeitig mit dem Projekt der A-40-Deckelung abgestimmt.

Das Verkehrskonzept für den Essener Norden soll auf den Ergebnissen der laufenden Machbarkeitsstudie fußen und die bisher relativ isolierten und abschnittsweise überlappenden Planungen – etwa zu Freiheit Emscher, zur Umgehungsstraße Vogelheim, zur Anbindung des Stadions an der Hafenstraße durch die City-Bahn und zur Nord-Süd-Fahrradachse miteinander verzahnen und vorantreiben. Ein weiterer Baustein kann dabei die Untertunnelung der Gladbecker Straße sein. Die bereits beauftragte Studie soll wichtige Erkenntnisse zur Entlastung des Gebiets liefern. Wir werden darauf aufbauend weitere Planungen ableiten und mögliche Sofortmaßnahmen umsetzen.

Rüttenscheider Str.

Die Rüttenscheider Straße soll eine klare und funktionierende Verkehrsführung erhalten, die Aufenthalt und Einzelhandel stärkt und Lieferverkehre staufrei ermöglicht. Unfallhäufungsstellen werden zügig beseitigt; rechtlich verbindliche Vorgaben werden eingehalten.

Wir setzen auf verkehrslenkende Maßnahmen wie ein Parkleitsystem und optimierte Ladezonen. Weitere Einschränkungen des Autoverkehrs lehnen wir ab.

Eine parallele leistungsstarke Radverkehrsführung wird als Abschnitt der neuen Nord-Süd-Fahrradachse umgesetzt. Das Haupttroutennetz wird entsprechend angepasst.

Radverkehr

Wir wollen eine zukunftsorientierte, realitätsnahe Weiterentwicklung der beschlossenen Maßnahmen des RadEntscheids – mit dem Fokus auf alltagstaugliche und pragmatische Lösungen. Wir wollen lange Planungsprozesse vermeiden und Verteilungskämpfe um Verkehrs- und Parkraum hinter uns lassen.

Die Sanierung, Einrichtung, Führung und Vernetzung von Radwegen und Fahrradstraßen, die klare Trennung von Fuß- und Radverkehr sowie sichere Abstellmöglichkeiten haben für uns höhere Priorität als überhöhte Standards, deren Nutzen nicht den Kosten entspricht.

Wir binden die bestehende Fahrradinfrastruktur besser in das Gesamtverkehrsnetz ein, schließen Lücken und sorgen für eine eindeutige Beschilderung. Wir setzen uns dafür ein, dass der Radschnellweg auf Essener Stadtgebiet zeitnah fertiggestellt wird.

Ein Fahrradparkhaus im Umfeld des Essener Hauptbahnhofs, funktionsfähige Fahrradboxen an Verkehrsknotenpunkten sowie bewachte Radstationen mit Service – auch im Rahmen sozialer Projekte – werden wir realisieren, um das Radfahren in Essen alltagstauglicher zu machen.

Wir werden den Bernetunnel einer umfassenden verkehrlichen Neubewertung unterziehen, um seine Leistungsfähigkeit, Sicherheit und städtebauliche Einbindung zeitgemäß weiterzuentwickeln. Dabei soll insbesondere geprüft werden, inwieweit die bestehenden Betonfahrzeugrückhaltesysteme (Betonleitwände) entfallen oder durch alternative, verkehrsflussfreundlichere Lösungen ersetzt werden können. Ziel ist eine optimierte Verkehrsführung, die sowohl die Sicherheit gewährleistet als auch die räumliche Qualität und Nutzbarkeit des Tunnels verbessert.

Öffentlicher Personennahverkehr

Im ÖPNV setzen wir auf punktuelle Beschleunigungsmaßnahmen statt flächendeckender Busspuren, da kleinere Eingriffe oft effizienter und zielgerichteter wirken. Angebotsentwicklungen müssen im ausgewogenen Verhältnis zum Zuschussbedarf stehen.

Wir bauen die Barrierefreiheit im ÖPNV weiter aus, damit alle Menschen das Angebot gleichberechtigt nutzen können. Durch den verstärkten Einsatz von Sicherheitspersonal sowie den gezielten Ausbau der Videoüberwachung wollen wir in Zusammenarbeit mit der Ruhrbahn die Sicherheit und das Sicherheitsgefühl im ÖPNV spürbar verbessern. Ergänzend bauen wir das betriebliche Mobilitätsmanagement aus und gehen aktiv auf Unternehmen zu, um gemeinsam mit ihnen durch Jobtickets und abgestimmte Angebote zusätzliche Nachfrage zu erzeugen und das bestehende Netz effizienter auszulasten.

Wir wollen Bussi als Regelangebot weiter stärken. In Randzeiten und Randgebieten kann Bussi einen sinnvollen Ersatz für gering ausgelastete Nahverkehrslinien darstellen. Wenn Bussi den Linienverkehr ersetzen sollte, gilt weiterhin der ÖPNV-Tarif. Wir wollen die Integration von Taxis in das Bussi-System prüfen, um Auslastungsspitzen besser begegnen zu können.

Der kommende Nahverkehrsplan soll sich konsequent an den Bedürfnissen der Nutzer orientieren und das Zusammenspiel mit dem SPNV optimieren. Eine engere Kooperation der Verkehrsbetriebe im Ruhrgebiet werden wir weiter vorantreiben, um Synergien zu schaffen und die Attraktivität des Nahverkehrs zu erhöhen. Wir streben weiterhin die Gründung einer gemeinsamen Nahverkehrsgesellschaft im Ruhrgebiet an.

Parken und Verkehrsraumorganisation

Wir führen nur dort Bewohnerparkregelungen ein, wo zeitgleich Quartiersparkhäuser entstehen. Gerade in Quartieren mit hohem Parkdruck wollen wir die Interessen aller Nutzergruppen in Einklang bringen. Ergänzend berücksichtigen wir bei der Planung Carsharing-Angebote, E-Ladepunkte, sichere Fahrradabstellanlagen und Begrünungsmaßnahmen. Mit einer transparenten Stellplatzbilanz sorgen wir für Nachvollziehbarkeit, Akzeptanz und eine ausgewogene Nutzung des öffentlichen Raums. In Ergänzung dazu wird die Stellplatzsatzung schnellstmöglich praxisgerecht überarbeitet.

Quartiersgaragen schaffen Ausgleich, wenn der vorhandene Parkraum nicht ausreicht oder Kompensationsmaßnahmen infolge der Neuordnung des Verkehrsraums erforderlich sind. Die Nutzung des öffentlichen Raums durch Werbeanhänger, große Campingmobile oder gewerblich genutzte Fahrzeuge wie Kleintransporter wollen wir steuern. Zur Entlastung des Verkehrs werden zusätzliche Lieferzonen geschaffen.

Verkehrs- und Schulwegsicherheit - Vision Zero

Wir reagieren entschieden auf schwere Verkehrsunfälle und folgen dem Ziel, Verkehrstote und Schwerverletzte zu verhindern. Wir übertragen die Erkenntnisse der bereits erfolgten Schulwegchecks und Sicherungsmaßnahmen auf das gesamte Stadtgebiet. Dazu können temporäre Sperrungen oder Geschwindigkeitsreduzierungen, sichere Überwege an geeigneten Stellen, ausreichend breite Gehwege, häufigere Grünpflege und verstärkte ordnungsrechtliche Kontrollen gehören.

Um die allgemeine Verkehrssicherheit zu erhöhen, werden wir das geplante Abstellzonensystem für Leih-E-Scooter bedarfsgerecht im Bediengebiet ausweiten und klare sowie nachvollziehbare Regeln für die Nutzung durchsetzen.

Digitale und technische Infrastruktur für zukunftsfähige Mobilität

Der flächendeckende Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge wird gezielt vorangetrieben. Dazu werden Verfahrensabläufe optimiert, Realitätschecks bestehender Richtlinien durchgeführt und ein Strategieforum mit der Wohnungswirtschaft, Netzbetreibern, Anbietern und der Stadtverwaltung eingerichtet. Ein digitales Verkehrsleitsystem mit dynamischen Schildern, intelligenten Ampeln und Navi-Integration soll den Alltags-, Berufs- und Lieferverkehr effizienter lenken und Staus sowie Parksuchverkehre reduzieren. Ziel ist ein „Win-win“: flüssigerer Verkehr, weniger Schadstoffe und eine spürbare Entlastung für alle Verkehrsteilnehmer. Automatisiertes Fahren ist in manchen Städten bereits Realität. Dieser Entwicklung werden wir uns aktiv zuwenden und die technologischen Chancen für Essen prüfen und nutzen.

Wir wollen Park-and-Ride-Anlagen gezielt bauen, um für Pendlerinnen und Pendler sowie innerstädtische Verkehre den Umstieg auf den ÖPNV attraktiver zu machen. Eine Mobilitäts-

App soll künftig den Umstieg zwischen Auto, Bus, Bahn, einem stadtweiten Leihrad-System und Carsharing so einfach wie möglich machen. In diesem Zusammenhang setzen wir uns für eine Kartenlösung des E-Tarifs „eezy.nrw“ ein. Wir appellieren nachdrücklich an die Deutsche Bahn, die nachhaltige Modernisierung des Essener Hauptbahnhofs sowie weiterer S-Bahnhöfe zügig in Angriff zu nehmen.

Sanierungsmanagement und digitale Serviceangebote

Die Stadt Essen verfügt im kommunalen Vergleich über die besten Daten zum Zustand ihrer Straßen. Dennoch ist der Straßenzustand im Stadtgebiet vergleichsweise schlecht. Aus dem Daten- und Erkenntnisreichtum wollen wir intelligente, vorausschauende Sanierungsstrategien ableiten: Straßen und Brücken sollen instandgesetzt werden, bevor Schlaglöcher entstehen oder Sperrungen notwendig werden.

Mit einem effizienten und transparenten Baustellenmanagement wollen wir Umwege und Belastungen für die Stadtgesellschaft minimieren und durch nachvollziehbare Abläufe das Verständnis der Bevölkerung für notwendige Baumaßnahmen stärken.

Zugleich werden wir die vorhandenen Informationen für Stadtverwaltung, Wirtschaft sowie Bürgerinnen und Bürger leichter zugänglich und nutzbar machen und eine Verknüpfung mit dem Mängelmelder herstellen. Die Suche nach Zuständigkeiten oder öffentlichen Kontaktinformationen soll nur noch einen Klick entfernt sein – für Anliegen von Abstandsflächen über Straßenschäden bis zu illegalen Müllablagerungen.

Klimaschutz, Umwelt & zukunftsfähige Energie

Klimaschutzstrategie und Energiepolitik

Der Sustainable Energy and Climate Action Plan (SECAP) bleibt das zentrale Instrument für eine klimaneutrale Stadtentwicklung im Einklang mit den nationalen Zielen. Unser Anspruch ist eine wirksame, wirtschaftlich darstellbare und nachvollziehbare Klimapolitik, die von den Bürgerinnen und Bürgern verstanden, akzeptiert und mitgetragen wird. Die Förderung von Solaranlagen, insbesondere von Balkon-Kraftwerken, wird finanziell abgesichert und verlässlich fortgeführt. Damit schaffen wir Planungssicherheit für private Investitionen in die Energiewende und ermöglichen Teilhabe. Wir konzentrieren uns auf Projekte, deren Nutzen für Klima und Stadtgesellschaft klar erkennbar und messbar ist, und bewerten alle Maßnahmen anhand transparenter Indikatoren.

Die kommunale Wärmeplanung wird im Rahmen der geltenden Vorgaben ausgewogen, realistisch und sozialverträglich ausgestaltet. Ziel ist es, Versorgungssicherheit, Klimaschutz und Wirtschaftlichkeit in Einklang zu bringen. Wir handeln vorausschauend und schaffen eine rechtssichere Grundlage, die langfristige Orientierung bietet. Bei energetischen Sanierungen

und Modernisierungen, insbesondere bei unserer städtischen Wohnungsbaugesellschaft, wollen wir keine gesetzlichen Vorgaben übererfüllen. So gewährleisten wir, dass begrenzte Mittel dort eingesetzt werden, wo sie den größten ökologischen und gesellschaftlichen Nutzen erzielen.

Klimaresilienz und Klimafolgenanpassung

Die Klimaresilienz im gesamten Stadtgebiet muss gezielt gestärkt werden. Aufenthaltsqualität und Hitzeschutz sollen insbesondere in stark versiegelten Ortszentren sowie in Bereichen mit vulnerablen Gruppen verbessert werden.

Dazu werden schrittweise bauliche und organisatorische Maßnahmen umgesetzt, unter anderem durch Trinkwasserbrunnen, Verschattungen, Begrünungen, Sonnensegel und hitzemindernde Außenanlagen an öffentlichen Plätzen, Kindertagesstätten, Schulen, Pflegeeinrichtungen und Spielplätzen. Ziel ist es, öffentliche Räume auch an heißen Tagen nutzbar zu halten und insbesondere Kinder, ältere Menschen und weitere schutzbedürftige Personen besser vor Hitzefolgen zu schützen.

Bei Neu- und Umbauten öffentlicher Einrichtungen werden klimaresiliente Standards systematisch berücksichtigt und gefördert. Die Umsetzung erfolgt in enger Abstimmung mit den Bezirksvertretungen und weiterer lokaler Akteure.

Ergänzend wird das Schwammstadtprinzip gestärkt, um Hitze, Trockenheit und Starkregenereignissen künftig noch wirksamer zu begegnen.

Stadtnatur und Landschaftsschutz

Flächenentsiegelungen leisten einen zentralen Beitrag zur Klimaanpassung und zur Verbesserung der Lebensqualität. Jeder Quadratmeter entsiegelter Fläche verbessert den Wasserhaushalt, das Mikroklima und den Überflutungsschutz. Wir setzen auf planerische Vorgaben und zugleich auf pragmatische Maßnahmen vor Ort. Vorrang haben Projekte mit einem guten Verhältnis von Kosten und Nutzen. Frühzeitige Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sowie die Berücksichtigung der Anforderungen zur Durchführung von Wochenmärkten und Veranstaltungen sichern eine hohe Akzeptanz.

Wo möglich, sollen auf versiegelten oder ungenutzten Arealen artenreiche Wiesen entstehen, schließlich sind der Schutz und die Stärkung der Insektenvielfalt wesentliche Bausteine einer intakten Stadtnatur. Wir setzen auf wirkungsvolle Maßnahmen mit großem Nutzen, etwa die Anlage und Pflege von Blühflächen auf Grün- und Straßenbegleitflächen, den Einsatz insektenfreundlicher Saatgutmischungen und eine angepasste Pflege ausgewählter Flächen.

In Kooperation mit der Landwirtschaft werden unwirtschaftliche Nutzflächen sowie ökologisch minderwertige Grünflächen gezielt in eine Aufforstungsstrategie einbezogen, um zusätzliche Umwelt- und Klimavorteile zu schaffen. Ersatzpflanzungen, die im Zuge von Baumaßnahmen nötig werden, sollen vorrangig im unmittelbaren Bauumfeld erfolgen, um Eingriffe in Natur und

Landschaft direkt auszugleichen und die ökologische Bilanz vor Ort zu verbessern. Ist dies nicht möglich, werden geeignete Flächen zuerst im Quartier, dann im Stadtgebiet und nachrangig an anderer Stelle genutzt. Dabei wird geprüft, ob Ersatzpflanzungen zeitlich vor oder nach Abschluss der Bauvorhaben stattfinden können, um einen wirksamen und flexiblen Ausgleich zu gewährleisten.

Wir intensivieren die Bekämpfung invasiver und gesundheitsgefährdender Arten. Das umfasst sowohl Pflanzen wie den Riesen-Bärenklau als auch Tiere wie Kanadagänse, Nutrias, Asiatische Hornissen oder andere gebietsfremde Arten, die ökologische Schäden verursachen oder die öffentliche Sicherheit beeinträchtigen können. Wir setzen auf eine koordinierte Strategie von Kommunen, Naturschutzbehörden, Landwirtschaft und weiteren Fachstellen, um wirksame, tierschutzgerechte und nachhaltige Lösungen sicherzustellen.

Stadtgrün, Freizeitflächen und Erholung

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Grün und Gruga leisten einen entscheidenden Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität in unserer Stadt. Sie gestalten das Stadtbild, schaffen Erholungsräume und fördern Begegnung. Spielplätze, Spazierwege und Freiflächen sind dabei von besonderer Bedeutung.

Wir führen die Spielraumleitplanung fort und sichern bestehende Spielplätze. Defekte Spielgeräte werden zeitnah repariert oder ersetzt. Wo sinnvoll, setzen wir auf serielle Systeme, um Ausfallzeiten zu verringern und Mittel effizient zu nutzen.

Zugleich fördern wir inklusive Spielgeräte und schaffen neue Angebote für Jugendliche wie Skateparks, Calisthenics-Anlagen und offene Freizeitflächen. Eine bessere Beleuchtung ausgewählter Spiel- und Bewegungsflächen soll eine sichere Nutzung auch in den Wintermonaten ermöglichen.

Wir stellen flächendeckend tierfeste Abfallbehälter und Hundekotbeutelspender bereit, um unsere Parks sauber und einladend zu halten.

Ergänzend hierzu werden soziale und arbeitsmarktpolitische Ziele stärker mit Maßnahmen im Bereich Grün und Gruga verbunden. Ziel ist die Stabilisierung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die Förderung ihrer Beschäftigungsfähigkeit und gleichzeitig ein sichtbarer Beitrag zur Pflege und Aufwertung des öffentlichen Grüns in Essen.

Landwirtschaft, Ernährung und lokale Wertschöpfung

Wir wollen die lokale Landwirtschaft gezielt stärken sowie regionale Wertschöpfungsketten ausbauen. Deshalb wollen wir prüfen, inwieweit städtische und andere öffentliche Einrichtungen ihre Lebensmittel für Kantinen- und Schulessen von Essener Landwirten und regionalen Erzeugern beziehen können. Dabei sollen bestehende Beschaffungsrichtlinien angepasst und Kooperationen mit lokalen Betrieben ausgebaut werden, um eine praxisnahe und wirtschaftliche Umsetzung sicherzustellen.

Gemeinsam mit Bildungseinrichtungen, Landwirten und Vereinen fördern wir das Bewusstsein für Umwelt- und Klimaschutz und machen Natur in unserer Stadt für alle Kinder erlebbar.

Wir wollen den Zugang von Kindern und Jugendlichen zur Landwirtschaft stärken und ein besseres Verständnis für Herkunft und Wert von Lebensmitteln fördern. Hierzu wird geprüft, inwieweit pädagogische Angebote in Kooperation mit der Landwirtschaftskammer und der Kreisbauernschaft entwickelt und umgesetzt werden können. Ziel ist es, praxisnahe Lernorte zu schaffen, die Umweltbewusstsein, Nachhaltigkeit und Wertschätzung regionaler landwirtschaftlicher Produktion frühzeitig vermitteln. Landwirtschaftliche Betriebe sollen als außerschulische Lernorte stärker eingebunden und bestehende Bildungsprogramme bedarfsgerecht ergänzt werden. Auch soziale und persönliche Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler sollen dadurch weiterentwickelt werden.

Kleingartenwesen

Wir verständigen uns darauf, das Kleingartenwesen in Essen unter Einbeziehung des Stadtverbandes als wichtigen Bestandteil der Stadtökologie und des sozialen Zusammenhalts zu schützen und weiterzuentwickeln. Der Bestand an Kleingartenanlagen soll auch zukünftig gesichert werden. Dort, wo es städtebaulich und ökologisch vertretbar ist, wird die Ausweisung zusätzlicher Flächen für Kleingärten geprüft und unterstützt. Bei künftigen Planungsprozessen sollen Kleingärten weiterhin als wertvolle Grün- und Begegnungsräume in die Stadtentwicklung integriert werden.

Verbraucher- und Gesundheitsschutz

Der Verbraucherschutz in Essen wird dauerhaft gesichert und weiter ausgebaut. Die bestehenden Beratungsangebote für Verbraucherinnen und Verbraucher sollen verstetigt werden. Ziel ist es, Bürgerinnen und Bürger bei Fragen zu Energie, Finanzen, Umwelt und Digitalisierung kompetent und unabhängig zu unterstützen. Besonders im Kontext steigender Lebenshaltungskosten und komplexer Energiefragen soll die Verbraucherberatung niedrigschwellig, digital und für alle erreichbar angeboten werden.

Angesichts künftig verschärfter Grenzwerte im Luftschadstoffbereich setzen wir auf realistische und wirtschaftlich darstellbare Maßnahmen, die wichtige Verbesserungen für die Menschen in unserer Stadt bewirken. Der Lärmaktionsplan wird fortgeführt und gezielt auf den Schutz sowie die Ausweitung ruhiger Gebiete ausgerichtet. Dabei fokussieren wir zeitnahe Maßnahmen im Norden und in weiteren besonders belasteten Gebieten.

Starke Wirtschaft, gute Arbeit, Innovation & digitale Stadtverwaltung

Standortpolitik und wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Wir wollen neue Gewerbeflächen im Rahmen festgestellter Potenziale schneller entwickeln. So entsteht eine nachhaltige, zukunftsorientierte Stadtentwicklung mit Priorität auf produktionsnahe Betriebe, lokale Wertschöpfung und sichere Arbeitsplätze. Viele Gewerbeflächen in Essen sind derzeit unzureichend planerisch gesichert, sodass wertschöpfungsarme Betriebe Flächen blockieren, während innovative Unternehmen zu wenig Raum finden. Durch eine gezielte Anpassung der Bauleitplanung sowie die enge Verzahnung von Struktur- und Flächenentwicklungsplänen wollen wir Gewerbegebiete neu ordnen, Nutzungskonflikte vermeiden und die Entwicklung hin zu hochwertigem Gewerbe klar steuern. Bei zukünftigen Gewerbeentwicklungen prüfen wir verstärkt Möglichkeiten, Handwerkerparks mit gemeinsamer Infrastruktur zu schaffen, in denen Betriebe räumlich gebündelt arbeiten können. So entstehen kurze Wege, neue Kooperationen und ein Beitrag zur Sicherung lokaler Arbeits- und Ausbildungsplätze. Ein zentrales Ziel ist die schrittweise Senkung des Gewerbesteuer-Hebesatzes von derzeit 480 auf 475 Prozent, um die Wettbewerbsfähigkeit Essener Unternehmen zu verbessern und Neuansiedlungen zu fördern.

Das Handwerk als ein tragender Pfeiler der Essener Wirtschaft wollen wir in seiner Sichtbarkeit in Zusammenarbeit mit der Essener Wirtschaftsförderungsgesellschaft stärken und Initiativen zur Fachkräftesicherung gezielt fördern. Die Unterstützung der dualen Ausbildung, der Nachwuchsgewinnung und die enge Kooperation mit der Kreishandwerkerschaft, den Kammern, Schulen und Betrieben sind für uns unerlässlich. Gleichzeitig werden wir bürokratische Hürden reduzieren, Genehmigungsprozesse beschleunigen sowie kleine und mittlere Betriebe spürbar entlasten. Wir wollen eine zentrale Anlaufstelle einrichten, die als Ansprechpartner für Selbstständige sowie Unternehmerinnen und Unternehmer dient und bei Fragen zu Genehmigungen, Fördermitteln und Standortfragen unterstützt. In der Fachkräftezuwanderung sehen wir eine Chance für unsere Wirtschaft und Gesellschaft. Um Unternehmerinnen und Unternehmer mit Einwanderungsgeschichte zu fördern, werden wir die „Beratungsstelle Migrationsökonomie“ weiterentwickeln und unterstützen. Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge werden, unter Berücksichtigung angemessener Wertgrenzen, besonders tarifgebundene oder tariflich orientierte und auch kleine lokale und regionale Betriebe, die faire Löhne zahlen und Ausbildungsplätze anbieten, bevorzugt. Gleiches gilt auch für Aufträge, die an Nachunternehmer vergeben werden.

Großflächige Gewerbeentwicklung

Der Stadthafen Essen ist eine der letzten großen zusammenhängenden Industrieflächen in unserer Stadt. Wir wollen daher den Hafen weiterhin als primären Industriestandort weiterentwickeln. Der trimodale Anschluss des Hafengebietes wird erhalten. Entwicklungen hin

zu Gastronomie, Wohnungsbau und Bürogewerbeflächen lehnen wir ab. Zudem schaffen wir Anreizprogramme zur Ansiedlung und Umsiedlung von Industriebetrieben. Die Stadt Essen braucht Industrie, Logistik und eine leistungsfähige Wasserstraßen- und Schienenverkehrsanbindung. Bei der Weiterentwicklung des Stadthafens werden wir auf eine Aufwertung der vorhandenen Strukturen setzen, ohne den Charakter des Standorts als Wirtschafts- und Logistikknotenpunkt zu verändern. Zugleich wollen wir eine verbesserte verkehrliche Anbindung des Hafengebiets abseits des Rhein-Herne-Kanals im Rahmen der Planungen zu Freiheit Emscher und des Verkehrskonzepts für den Essener Norden schaffen. Um die nachhaltige Baustoffwirtschaft auch in Essen zu fördern, soll die Ansiedlung eines Betonrecyclingwerks im Bereich des Stadthafens forciert werden. Ein weiteres gewerbliches Großprojekt ist die Entwicklung des Flughafenareals Essen/Mülheim. Langfristig soll die Wirtschaftlichkeit des Flughafens durch effizientere Nutzung, tragfähige Betreiberstrukturen und stärkere Einbindung in regionale Wirtschafts- und Technologiecluster gewährleistet werden. Gleichzeitig werden wir Maßnahmen zum verbesserten Lärmschutz umsetzen. Ziel ist es, den Standort von planungsrechtlichen Restriktionen zu befreien, um seine volle Funktions- und Entwicklungskraft zu sichern.

Die Stadt Essen als starke Arbeitgeberin

CDU und SPD setzen sich gemeinsam dafür ein, die Stadt Essen als attraktive Arbeitgeberin weiter zu stärken und sie im Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte erfolgreich aufzustellen. Eine breit angelegte Ausbildungs- und Studienoffensive bildet dafür eine zentrale Grundlage. Zusätzlich entwickeln wir die Rahmenbedingungen für eine moderne, flexible und familienfreundliche Arbeitswelt konsequent weiter. Im Mittelpunkt stehen zukunftsfähige Arbeitsplatzkonzepte, die mobiles Arbeiten, moderne Arbeitsplätze und flexible Arbeitszeitmodelle ermöglichen, sowie Fachkräfteentwicklungsprogramme, die insbesondere Frauen gezielt fördern.

Führungspositionen in Verwaltung und städtischen Unternehmen sollen die Vielfalt unserer Stadt widerspiegeln. Wir wollen eine gleichberechtigte Beteiligung von Frauen und Männern erreichen und langfristig eine paritätische Besetzung anstreben.

Ebenso wichtig ist eine verlässliche Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben – etwa durch flexible Lösungen in der Kinderbetreuung und der Pflege von Angehörigen. Mentoring- und Qualifizierungsprogramme sollen Kompetenzen nachhaltig stärken und Karrierewege sichtbar machen. Ergänzt wird dies durch eine digital unterstützte Personal- und Organisationsentwicklung, die eine schnellere und transparentere Bearbeitung der Anliegen der Bürgerinnen und Bürger sicherstellt.

Faire Arbeits- und Ausbildungsbedingungen

Sozialdumping, Schwarzarbeit und Lohnausbeutung sind in unserer Stadt nicht akzeptabel. Um faire Arbeitsbedingungen sicherzustellen, stärken wir die Kontrollen durch Stadtverwaltung, Zoll und Finanzbehörden. Der organisierte Sozialleistungsmissbrauch, der häufig mit prekären Arbeitsverhältnissen und menschenunwürdigen Wohnbedingungen einhergeht, muss effektiver bekämpft werden. Dazu setzen wir auf eine enge, behördenübergreifende Zusammenarbeit, die Missbrauch verhindert und gleichzeitig Menschen in existenziellen Notlagen gezielt unterstützt. Um Scheinselbstständigkeit wirksam einzudämmen, sind insbesondere bei neu angemeldeten Betrieben regelmäßige Kontrollen der Finanzen und der Betriebsstätten erforderlich. Gemeinsam mit Partnern entwickelt die Stadt eine Fachkräfteoffensive, um qualifizierte Arbeitskräfte zu gewinnen und zu binden. Gleichzeitig wollen wir unsere kommunalen Beteiligungsgesellschaften des sozialen Bereichs nach einer Bestandsanalyse so ausrichten, dass die zielgerichtete und an den Bedarfen des Arbeitsmarktes ausgerichtete Qualifikation von Menschen ohne Beschäftigung deutlich gesteigert wird. Besondere Schwerpunkte liegen auf der Qualifizierung von Arbeitslosen und der Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit.

Wir stellen sicher, dass bestehende Arbeitsmarktprogramme wie „Neue Wege zum Wasser“ zukunftsfest gemacht werden. Die Pflegeausbildungskonferenz wird fortgeführt, um den Austausch zwischen Trägern, Schulen und Verwaltung zu stärken und die Ausbildungskapazitäten zu sichern.

Gesundheitsökonomie in Essen

Die Gesundheitswirtschaft ist ein zentraler Zukunftssektor für Essen. Wir fördern die Entwicklung innovativer Forschungs- und Versorgungsstrukturen in enger Kooperation mit dem Universitätsklinikum, den Essener Klinikträgern und Forschungseinrichtungen. So stärken wir Essen als führenden Medizinstandort. Indem wir weiterhin ein „Essener Modell“ hinsichtlich der Krankenhausstrukturen unterstützen, wirken wir auf die langfristige Sicherung qualifizierter Arbeitsplätze im Gesundheitswesen hin. Ziel ist eine moderne, vernetzte, digitale und in Krisenfällen widerstandsfähige Gesundheitsversorgung. Wir werden die bestehenden Vernetzungsstrukturen wie Essen.Gesund.Vernetzt weiterhin stärken und innovative Ansätze im Bereich Smart Hospital unterstützen. Gezieltes Standortmarketing, Gesundheitstourismus und Medizinkongresse sollen die nationale und internationale Sichtbarkeit Essens als Gesundheitsmetropole stärken.

Tourismus, Messe und Stadtmarketing

Die Messe Essen ist ein zentraler Baustein der städtischen Wirtschaftspolitik. Die Internationalisierung der Messe werden wir unterstützen und den Messeparkplatz P2 als Logistikfläche sichern. Ein modernes Kongresscenter mit Premiumhotel soll den Veranstaltungs- und Kongressstandort Essen stärken. Die Modernisierung des Messegeländes soll weiter forciert

werden. Neben der klassischen Messetouristik zieht unsere Heimatstadt immer mehr Besucherinnen und Besucher aus aller Welt an. Diesen positiven Trend wollen wir fortsetzen. Durch ein gezieltes Standortmarketing und die strategische Vernetzung von Attraktionen entsteht ein vielfältiges touristisches Angebot, das Essens einzigartige Kombination aus Industriekultur, grünen Erholungsräumen und urbanem Flair stärker nutzt und weiter ausbaut. Essen ist ein modernes, vielfältiges und nachhaltiges Reiseziel, das Innovation, Freizeitwert und wirtschaftliche Stärke gleichermaßen vereint. Dieses Potenzial wollen wir verstärkt nutzen. Zu diesem Zweck werden wir die Essener Marketinggesellschaft (EMG) mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausstatten. Wir wollen außerdem die Tourismuszentrale Essen organisatorisch und finanziell stärken, damit sie die Stadt als lebendige Kultur-, Freizeit- und Tagungsdestination noch besser vermarkten kann. Ein zentraler und sichtbarer Standort in der Innenstadt ist uns wichtig. Wir werden Investitionen in die touristische Infrastruktur tätigen und wollen die Erreichbarkeit touristischer Ziele auch mit Blick auf ihre Barrierefreiheit verbessern. Dabei kümmern wir uns auch um die bisher unzureichende Infrastruktur für Caravan-Touristik und werden auf die gestiegene Nachfrage nach Caravan-Stellplätzen reagieren. Als weiteren Baustein der Tourismuswirtschaft sowie als Impuls für die gewerbliche Entwicklung im neuen Stadtteil „Essen 51“, unterstützen wir die Errichtung einer Live-Music-Arena als privatwirtschaftliches Projekt, um Essen auch in diesem Sektor als Ziel für internationale Events und Großveranstaltungen zu stärken.

Hochschulstandort Essen als Innovationsmotor

Die Stadt Essen wird die Zusammenarbeit mit Hochschulen und Wirtschaft gezielt ausbauen. Gemeinsam mit der Universität Duisburg-Essen und den weiteren Essener Hochschulen wollen wir neue Impulse für Forschung, Innovation und Stadtentwicklung setzen. Wir prüfen die Ansiedlung universitärer Einrichtungen in der Innenstadt und stärken die Rolle des Hochschulbeauftragten. Der Innovationscampus Essen soll zu einem sichtbaren Zentrum für Wissenstransfer und Vernetzung ausgebaut werden. Oft entstehen aus dem Umfeld unserer Hochschullandschaft innovative Ideen und Unternehmensgründungen. Daher wollen wir Essen als attraktiven Standort für Start-ups und innovative Unternehmen weiter ausbauen. Ein Campus für Nachhaltigkeit soll als zentraler Innovationsraum für Kooperation zwischen Unternehmen, Start-ups und Forschung entstehen. Regionale Innovationscluster werden wir weiterverfolgen und mit bestehenden Einrichtungen wie dem Triple Z und BRYCK Innovation Hub vernetzen. Auch Untertageanlagen sollen für innovative Nutzungen geprüft werden, um zusätzliche Entwicklungsräume zu schaffen.

Energiestandort Essen klimafreundlich weiterentwickeln

Essens Rolle als Energiehauptstadt soll weiter gestärkt werden. Wir unterstützen gezielt Projekte in Forschung, Entwicklung und Produktion im Bereich erneuerbarer Energien, Wasserstoff und

Speichertechnologien. Damit schaffen wir zukunftsfähige Arbeitsplätze und fördern Innovation. Wir setzen auf eine klimafreundliche Energieversorgung, um den Weg zur Klimaneutralität zu unterstützen. Erneuerbare Energien werden systematisch ausgebaut, industrielle Abwärme genutzt und Geothermie für Tiefenbohrungen in Stadtquartieren erschlossen. Die Umrüstung des Gasnetzes für Wasserstoffanwendungen wird geprüft, die Stromnetzinfrastruktur modernisiert sowie Balkonkraftwerke, Speichersysteme und Smart-Grid-Technologien gefördert. Öffentliche Gebäude werden aktiv in die Energiewende einbezogen, etwa durch Solaranlagen auf Dächern, energetische Sanierungen und Gründächer.

Bürgernahe Verwaltung und digitaler Service

Digitale Angebote prägen unsere Zeit. Das ist gut und wird vieles vereinfachen. Für uns ist es wichtig, alle Angebote auch allen weiterhin zugänglich zu machen. Dies beinhaltet eine empfängerorientierte Sprache. Zudem werden wir Verwaltungsdienstleistungen direkt vor Ort verbessern – mit zusätzlichen „Bürgerkoffern“ und „Bürgermobilen“. So sichern wir flexible Einsätze in den Stadtteilen sowie in Alten- und Pflegeeinrichtungen oder in Wohnheimen im Bereich der Eingliederungshilfe.

Wir wollen mit dem „Once-Only-Prinzip“ redundante Datenabfragen verhindern. Daten, die Bürgerinnen, Bürger oder Unternehmen einmal angegeben haben, werden sicher und ämterübergreifend genutzt, um Verfahren zu vereinfachen und Bearbeitungszeiten deutlich zu verkürzen. Künstliche Intelligenz (KI) wird gezielt eingesetzt, um Routineaufgaben in der Stadtverwaltung zu automatisieren, Genehmigungsverfahren zu beschleunigen und Bürgeranfragen zeitnah zu bearbeiten. Entscheidungen bleiben menschlich, während Mitarbeitende entlastet und die Effizienz sowie die Servicequalität gesteigert werden. Der persönliche Bürgerservice und die individuelle Beratung bleiben erhalten. Die Stadtverwaltung baut hierzu ein KI-Kompetenzzentrum auf, das Innovationen bündelt, Mitarbeitende schult und die Implementierung smarter Lösungen unterstützt. Auch im Baubereich bietet die Digitalisierung große Chancen für mehr Effizienz, denn die Wärmewende und die Modernisierung der Straßeninfrastruktur erfordern in den kommenden Jahren zahlreiche Baustellen. Um den Verkehr in Essen flüssig zu halten, modernisieren wir das Baustellenmanagement, mit dem Einsatz von KI, besserer Abstimmung und klaren Prioritäten sollen Bauzeiten verkürzt und unnötige Staus vermieden werden.

Digitale Infrastruktur und Datensouveränität

Wir setzen uns dafür ein, dass flächendeckend in allen öffentlichen Gebäuden unserer Stadt ein sicheres und kostenfreies WLAN verfügbar ist. Dort, wo die Stadt direkten Einfluss hat, treiben wir den Ausbau konsequent voran. Unsere Partner ermutigen wir, moderne WLAN-Lösungen zu schaffen, insbesondere in Senioren- und Studierendeneinrichtungen. Die digitale Infrastruktur in den Schulen wird weiterhin kontinuierlich und nachhaltig ausgebaut. CDU und SPD bekennen

sich ausdrücklich zur konsequenten Umsetzung der städtischen Digitalstrategie. Dafür werden die erforderlichen personellen und technischen Ressourcen bereitgestellt. Bundesweite Angelegenheiten werden konsequent bundesweit gedacht, das heißt: Lösungen, die von der Bundesebene angeboten werden, werden bevorzugt genutzt, bevor eigene Systeme aufgebaut werden.

Wir begrüßen die Ansiedlung eines Rechenzentrums in Essen, da dies den Wirtschaftsstandort nachhaltig stärkt und die digitale Infrastruktur der Stadt entscheidend voranbringt. Ein leistungsfähiges, auch privatwirtschaftlich betriebenes Rechenzentrum ist ein zentraler Baustein für die digitale Transformation von Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft. Durch die regionale Datenverarbeitung wird zugleich ein wichtiger Beitrag zur Datensouveränität geleistet: Sensible Informationen können sicher, nach europäischen Standards und in enger Kooperation mit lokalen Partnern verarbeitet werden. So bleibt die Kontrolle über kritische Datenströme weitgehend in der Region und stärkt Essens Unabhängigkeit, digitale Resilienz und Attraktivität als Technologiestandort. Cybersicherheit, Daten-Resilienz und Datensouveränität bilden die Grundlage der digitalen Verwaltung.

Bildung, Familien, Kinder & Jugend

Schulbauplanung, Infrastruktur und Digitalisierung

Die Erneuerung und Modernisierung der Schulinfrastruktur werden wir mit Nachdruck vorantreiben, um zeitgemäße Lernbedingungen, Barrierefreiheit und digitale Ausstattung sicherzustellen. Die Schaffung von Schulplätzen erfolgt bedarfsgerecht und wohnortnah. Ziel ist ein verlässliches und auskömmliches Schulangebot in allen Stadtteilen. Der Schulentwicklungsplan wird kontinuierlich fortgeschrieben und bildet die Grundlage für eine vorausschauende Bildungsplanung. So werden wir beispielsweise den Schulstandort Kupferdreh zukunftsfähig gestalten. Dabei wird insbesondere die Frage der Schulform fachlich fundiert geprüft. Grundlage bildet eine Bedarfsanalyse, die Schülerzahlenentwicklung, Schulformenvielfalt und bestehende Bildungsangebote im Bezirk und darüber hinaus berücksichtigt. Die Entscheidung erfolgt unter enger Beteiligung der Schulfachlichkeit, der Bezirksvertretung und der Bezirksregierung.

Die bestehende Schulentwicklungsplanung für unsere Berufskollegs wollen wir vorantreiben, um die Berufskollegs bei der beruflichen Bildung im dualen System, bei den Vollzeitbildungsgängen sowie der Beschulung zum Erwerb allgemeinbildender Schulabschlüsse zu unterstützen. In diesem Zusammenhang wollen wir auch für die offenen Standortfragen schnell eine Lösung finden. Gemeinsam mit den Berufskollegs wollen wir sinnvolle Unterstützungssysteme in den Blick nehmen.

Die digitale Ausstattung der Schulen werden wir weiter verbessern. Alle Standorte sollen über ein flächendeckendes WLAN verfügen und mit Smartboards sowie Endgeräten ausgestattet werden. Grundlage ist eine zentrale IT-Strategie.

Zudem wird die Fortbildung der Lehrkräfte ausgebaut, um digitale Unterrichtsformen nachhaltig zu verankern. Wir werden das Alfried Krupp-Schulmedienzentrum (AKSMZ) ausreichend unterstützen, damit es seinen Aufgaben auch zukünftig gerecht werden kann.

Vielfalt des Bildungsangebots

Zur vielfältigen Essener Schullandschaft gehören für uns auch die Bekenntnisgrundschulen. Umwandlungsverfahren werden von CDU und SPD weder initiiert noch unterstützt. Die finanzielle Unterstützung von Schulen in kirchlicher Trägerschaft werden wir im bisherigen Umfang fortsetzen.

Gleichzeitig ist es uns wichtig, die vielfältige Förderschullandschaft in Essen zu erhalten und gleichzeitig die Möglichkeiten für inklusives und gemeinsames Lernen auszubauen. Unser Ziel ist es, den Familien echte Wahlfreiheit für einen auf die individuelle Situation passenden Förderort zu ermöglichen.

Ganztag, Familienzentren und Schulsozialarbeit

Der Offene Ganztag (OGS) wird ausgebaut und qualitativ weiterentwickelt. Ziel ist ein zukunftsfähiges, verlässliches und vielfältiges Ganztagsangebot, das Bildung, Betreuung und Freizeitgestaltung sinnvoll miteinander verbindet und Familien entlastet. Der Ausbau des OGS wird im Wesentlichen durch die Jugendhilfe Essen gGmbH (JHE) getragen. Wir unterstützen jedoch eine stärkere Öffnung für Kooperationen und Arbeitsteilung der Jugendhilfe Essen mit anderen Trägern und Partnern. Darüber hinaus beabsichtigen wir, an drei Grundschulen der Sozialindex-Stufe 9 in den Stadtbezirken V, VI und VII die Möglichkeiten eines rhythmisierten Ganztags sowie den ganztägigen Einsatz von pädagogischen Fachkräften und OGS-Leitungen zu erproben und wissenschaftlich zu evaluieren. Entsprechende Konzepte sollen gemeinsam mit der JHE, den freien Trägern und den hiesigen Bildungstiftungen entwickelt werden. Die Schulsozialarbeit werden wir weiter ausbauen und dauerhaft absichern. Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter sind unverzichtbar für Förderung, Begleitung, Prävention und Unterstützung im Schulalltag und ein wichtiger Faktor für die Sicherheit an unseren Schulen. Eine bessere personelle Ausstattung und eine verlässliche Refinanzierung der Leitungsanteile bei den Trägern sollen die nachhaltige Weiterentwicklung der Schulsozialarbeit in Essen sichern. Essen setzt hierbei weiterhin auf Trägervielfalt.

In Ergänzung dazu wollen wir die Familiengrundschulzentren bedarfsgerecht ausbauen, um Familien niedrigschwellige Unterstützungs-, Bildungs- und Beratungsangebote vor Ort zu ermöglichen. Dabei sind insbesondere Schulen im Start-Chancen-Programm zu berücksichtigen.

Demokratiebildung und Wertevermittlung

Schülerinnen und Schüler sollen sich zu mündigen und aktiven Bürgerinnen und Bürgern entwickeln, die sich mit den Werten der Demokratie identifizieren und diese im Alltag leben. Deshalb stellen wir sicher, dass allen Schülerinnen und Schülern eine Ausgabe des Grundgesetzes, der Europäischen Charta der Menschenrechte sowie der Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen zur Verfügung gestellt wird.

Förderung individueller Fähigkeiten

Wir wollen die Bildungsgerechtigkeit, Chancen und die Integration in unsere Stadtgesellschaft und Schulsysteme für alle Schülerinnen und Schüler ermöglichen. Deshalb wollen wir die Sprachförderung im vorschulischen und schulischen Bereich gezielt ausbauen, um Bildung und Teilhabe von Anfang an zu stärken. Hier müssen insbesondere auch nicht alphabetisierte Schülerinnen und Schüler in den Blick genommen werden. Die Bildungschancen aller Kinder in unserer Stadt sollen verbessert und Lehrkräfte im Unterrichtsalltag gezielt entlastet werden. Dafür wird das stadtweite Programm der Klassenassistentenkräfte (KASI) schrittweise ausgebaut. Das individuelle Recht auf eine Assistentenkraft wird davon nicht berührt.

Wir wollen in Essen kein Talent zurücklassen. Schülerinnen und Schüler sollen in ihrem gesamten Leistungsspektrum gefördert werden, sowohl jene mit Förderbedarf als auch jene mit besonderer Begabung. Ziel ist es, bestehende Angebote bekannter zu machen und fortzuentwickeln sowie Schulen und Familien systematisch bei der Förderung besonders begabter Kinder und Jugendlicher zu unterstützen. Die bereits bestehende Junior-Universität wollen wir so ausrichten, dass sie auch in Zukunft Kinder und Jugendliche im gesamten Stadtgebiet fördert. Wir setzen uns für die Schaffung eines dauerhaften Standorts ein, idealerweise auf dem Gelände der Zeche Carl in Altenessen. Zudem setzen wir uns aktiv dafür ein, dass in Essen ein weiterer Standort des Talentkollegs Ruhr angesiedelt wird, um das Versprechen des Aufstiegs durch Bildung zu erneuern.

Schulen als sichere Lern- und Begegnungsorte

Das Konzept „Sichere Schule“ wird unter Einbeziehung der Schulgemeinden und außerschulischer Partner weiterverfolgt und fortentwickelt. Ziel ist ein geschützter Lern- und Lebensraum, in dem Sicherheit, Prävention und Krisenschutz an allen Schulstandorten gestärkt werden. Schulen müssen sichere Orte sein. Sicherheitsrelevante Maßnahmen setzen wir zügig um, ergänzt durch präventive Angebote und Kooperationen mit Polizei und Jugendhilfe.

Gleichzeitig wollen wir unsere Schulhöfe noch stärker als öffentliche Begegnungs- und Bewegungsräume nutzen. Sie sollen für Kinder und Jugendliche, die im Umfeld wohnen, zugänglich und nutzbar sein. Ein neuer Leitfaden soll Standards für die Ausstattung von

Schulhöfen mit Spielgeräten schaffen. Eine verlässliche und beschleunigte Ersatzbeschaffung von Spielgeräten muss gewährleistet werden.

Eine gute Ausstattung mit Spielgeräten für alle ist Voraussetzung, um sichere und attraktive Spielräume in ganz Essen zu schaffen.

Kostenfreie Menstruationsartikel

CDU und SPD setzen sich für eine schrittweise und flächendeckende Einführung der kostenlosen Bereitstellung von Menstruationsartikeln in Schulen und Jugendeinrichtungen ein. Im Falle von wiederkehrendem Vandalismus sind praktikable Alternativen für eine Ausgabe auszuprobieren und zu evaluieren.

Verpflegung in Kitas und Schulen

Die Verpflegung in Kitas, Schulen und Jugendeinrichtungen soll weiter verbessert und stärker auf eine frische, vollwertige, ausgewogene Ernährung sowie regionale Produkte ausgerichtet werden. Wir setzen auf verbindliche, an den Empfehlungen der DGE orientierte Qualitätsstandards und fördern den Einsatz frischer Zutaten sowie die Zusammenarbeit mit qualifizierten Lieferanten. Bei Neubauten streben wir den Einbau von Frischeküchen an. Die Teilnahme an Essensangeboten soll unabhängig von Einkommen und Herkunft möglich sein. Wir werden Maßnahmen ergreifen, die dazu geeignet sind, in unseren Kindertagesstätten und Schulen die Teilnahmequote von Kindern und Jugendlichen am Essen zu erhöhen. Dazu werden wir ein niedrighschwelliges und nutzerfreundliches digitales Bestell- und Abrechnungssystem einführen, das Einrichtungen organisatorisch entlastet und die Teilnahme erleichtert. Zudem unterstützen wir pädagogische Angebote zur Ernährungsbildung. Mit einem sozial gerechten und transparenten Beitragssystem stärken wir den Zugang zu gesunder Verpflegung, insbesondere für Kinder und Jugendliche aus Familien mit geringem Einkommen. Zur schrittweisen Erhöhung von Teilhabe streben wir ein Modellprojekt an, das die Einführung eines kostenlosen Mittagessens an ausgewählten, besonders herausgeforderten Schulen erprobt.

Zukunft der frühkindlichen Betreuung

Die Stadt entwickelt eine integrierte Strategie für den bedarfsgerechten Ausbau von Einrichtungen frühkindlicher Bildung. Ziel ist es, ausreichend Betreuungsplätze in guter Qualität und wohnortnaher Erreichbarkeit sicherzustellen. Im Dialog mit den Akteurinnen und Akteuren werden wir ein Konzept für die Kindertagespflege erarbeiten, das den geänderten Rahmenbedingungen und der sich ändernden Nachfrage Rechnung trägt sowie den Tagespflegepersonen neue Entwicklungsperspektiven in andere Systeme aufzeigt.

Darüber hinaus soll der Familienpunkt als niedrighschwelliges Angebot weiterentwickelt werden. Ziel ist es, die aktive Beratung und Begleitung zu gewährleisten und die Teilnahmequote an Angeboten der frühkindlichen Bildung zu erhöhen. Nicht zuletzt werden wir die

Einkommengrenze anheben, ab der Elternbeiträge für Kinderbetreuungsangebote erhoben werden. Wir wollen öffentliche Einrichtungen insgesamt familienfreundlicher gestalten, für Familien relevante Leistungen möglichst bündeln und durch kindgerechte Spielzonen im Wartebereich sowie den barrierefreien Zugang zu Still- und Wickelmöglichkeiten aufwerten.

Präventionsstrategie 2030

CDU und SPD vereinbaren die Entwicklung einer politikfeldübergreifenden „Präventionsstrategie 2030“, die alle bisherigen Entwicklungsansätze und Präventionsmaßnahmen in den Bereichen Jugend, Familie, Bildung, Sport, Soziales, Arbeit, Gesundheit und Integration verbindet.

Ein elementarer Bestandteil dieser Strategie ist die Erarbeitung eines integrierten Handlungskonzepts zur Bekämpfung von Kinderarmut. Das Konzept identifiziert Versorgungslücken und entwickelt gezielt Strategien zur Unterstützung betroffener Familien. Kinderarmut soll in Essen nicht nur gemildert, sondern strukturell bekämpft werden. Zur Wirksamkeitsprüfung der Maßnahmen gegen Kinderarmut werden messbare Indikatoren definiert und regelmäßig ausgewertet. Zentrales Ziel unserer Präventionsstrategie ist es, die kommunalen Fachbereiche gemeinsam mit Vereinen, Verbänden und Initiativen so auszurichten, dass alle Bürgerinnen und Bürger in ihrer Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gestärkt und auf eine eigenverantwortliche und gesunde Lebensführung ohne existenzsichernde Transferleistungen vorbereitet und unterstützt werden. Dazu werden wir Verfahren zur Diagnostik von Sprache, Motorik und emotional-sozialer Entwicklung deutlich vorziehen, mit dem Ziel, unterstützende Angebote früher und zielgerichteter zu unterbreiten. Zur zusätzlichen Stärkung von sozialer Teilhabe, Prävention und Integration wird das Quartiersmanagement ausgeweitet. Es vernetzt Verwaltung, Träger, Ehrenamt sowie Bewohnerschaft und arbeitet ressortübergreifend. Wir wollen es mit ausreichenden personellen und finanziellen Ressourcen ausstatten. So werden Lebensqualität und gesellschaftlicher Zusammenhalt in den Stadtteilen nachhaltig gestärkt.

Kinderschutz und Kinderrechte

Wir bekennen uns zu einem starken Kinderschutz und zur konsequenten Umsetzung der Kinderrechte in unserer Stadt. Die personelle Ausstattung der Jugendhilfe wird auf Grundlage des vorgelegten Personalbemessungsverfahrens (INSO-Prozess) weiterentwickelt, um eine dauerhaft tragfähige Personalstruktur im Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) zu sichern. Ziel ist eine gestärkte Handlungsfähigkeit im Kinderschutz durch verlässliche Arbeitsbedingungen. Ein besonderer Schwerpunkt muss dabei die Orientierung an qualitativ einheitlichen Standards zum Schutz der Kinder und Jugendlichen in unserer Stadt sein, um Gefährdungen, insbesondere durch sexualisierte Gewalt frühzeitig zu erkennen und konsequent zu handeln. Hierbei gilt es im weiteren Prozess insbesondere kleine und ehrenamtliche Träger zu unterstützen. Kinderrechte

sollen in Essen sichtbar, erlebbar und verbindlich werden. Das Programm „Essen. Großstadt für Kinder“ wird neu aufgelegt und mit konkreten Maßnahmen gefüllt. Der Platz der Kinderrechte wird realisiert.

Junges Ehrenamt und Teilhabe

Das Engagement junger Menschen wird gezielt gefördert. Ehrenamt und freiwilliges Engagement werden als tragende Säulen des gesellschaftlichen Zusammenhalts anerkannt und unterstützt. Ziel ist es, Beteiligung zu erleichtern, Wertschätzung zu stärken und junge Menschen langfristig für Engagement zu gewinnen. Dazu werden Kinder und Jugendliche systematisch an Entscheidungen beteiligt, die ihr Lebensumfeld betreffen. Das Kinderforum wird gestärkt; die Umsetzung seiner Ergebnisse wird durch alle Bereiche der Stadtverwaltung sowie städtischer Töchter transparent gestaltet und unterstützt. Aus den Erfahrungen mit dem Projekt „MitWirkung“ werden wir gemeinsam mit den Akteuren der Jugendhilfe, insbesondere der Jugendverbandsarbeit, die inhaltliche und strukturelle Weiterentwicklung der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen vorantreiben.

Sichere und verlässliche Orte für junge Menschen sind eine zentrale Voraussetzung für Teilhabe, demokratisches Engagement und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Jugendverbände und Träger leisten hierbei einen wichtigen Beitrag, indem sie junge Menschen in ihrer Vielfalt fördern und Diskriminierung abbauen. Essen braucht verlässliche Angebote und gut erreichbare Orte im gesamten Stadtgebiet, an denen junge Menschen Schutz, Unterstützung und Begegnung erfahren können. Dies gilt besonders auch für queere Jugendliche, die auf sichere und akzeptierende Räume angewiesen sind. Wir werden kurzfristig gemeinsam mit den Jugendverbänden, Trägern und weiteren relevanten Akteuren einen Dialogprozess zur Entwicklung von Jugendorten initiieren.

Jugendberufsagentur

Wir wollen die Jugendberufsagentur weiter stärken und als zentrale Anlaufstelle für junge Menschen auf dem Weg in Ausbildung, Studium und Beruf festigen. Ziel ist es, Übergänge zu erleichtern, Ausbildungsabbrüche zu vermeiden und individuelle Förderung zu sichern.

Wir setzen dabei auf enge Zusammenarbeit von Stadt (insb. Jugendamt und Schulamt), Arbeitsagentur, JobCenter und Schulen, um jedem jungen Menschen eine echte Perspektive zu bieten.

Wir fördern – in Kooperation mit der Jugendberufsagentur – koordinierte und offene Berufsorientierung in allen Schulformen über das Regionale Bildungsnetzwerk und die Kammern. Zugleich wollen wir die Berufsorientierung bereits in der Sekundarstufe I stärken. Hierzu wollen wir gemeinsam mit den genannten Kooperationspartnern einen Ausbau der Berufspraktika bis zum Abschluss der Klasse 10 ermöglichen.

Integration, Soziales, Gesundheit & Seniorenpolitik

Integration als gemeinschaftliche Verantwortung

Integration beginnt am ersten Tag. Deshalb wollen wir umsetzen, dass neu nach Deutschland zugewanderte Personen, bereits bei der Anmeldung in unserer Ausländerbehörde zeitnah einen verpflichtenden Termin für die Integrationsberatung erhalten. Hierbei sollen die Menschen an das Integrationssystem herangeführt und beraten werden. Für diejenigen, die keine Bleibeperspektive in Deutschland haben, gilt das entsprechend auch für die Ausreiseberatung. So wird Integration nicht dem Zufall überlassen, sondern gezielt begleitet. Die Stadt Essen bietet zahlreiche Integrationsangebote. Im Gegenzug darf die Stadtgesellschaft Integrationswillen und Eigeninitiative erwarten. Integration beruht auf gegenseitigen Verpflichtungen. Wer in Essen leben möchte, muss sich zu den Werten unserer Gesellschaft bekennen. Der Erwerb der deutschen Sprache ist der zentrale Schlüssel für gelingende Integration. Nur wer die Sprache beherrscht, kann am gesellschaftlichen, kulturellen und beruflichen Leben vollumfänglich teilhaben.

Gleichzeitig wollen wir auch allen Integrationswilligen eine Chance bieten. Hierzu wird das „Essener Modell“ der Integrationsförderung umfassend auf die Wirksamkeit von einzelnen Maßnahmen und Zielgruppen überprüft und ggf. neu ausgerichtet.

Die Stabstellen Integration in den Stadtbezirken werden erhalten und in ihrer Arbeit gestärkt. Ziel ist eine effiziente, ressortübergreifende Koordination und die Stärkung der kommunalen Integrationsarbeit vor Ort. Wir setzen uns für eine umfassende Evaluierung der Integrationsmaßnahmen ein, die aus dem Integrationsbudget der Stadt Essen finanziert werden. Nur durch eine kritische Überprüfung kann sichergestellt werden, dass die eingesetzten Mittel wirksam sind und tatsächlich zu einer nachhaltigen Integration beitragen. Den Sprachmittlungsservice „SPRINT“ wollen wir weiterhin absichern, um auch die mittelfristigen Unterstützungsbedarfe für Übersetzung von Behördengängen sicherzustellen. Städtische Mittel werden ausschließlich an Organisationen und Träger vergeben, die sich zur freiheitlich-demokratischen Grund- und Werteordnung bekennen, wozu auch die Anerkennung des Existenzrechts Israels gehört. Dort wo bereits Strukturen bestehen, streben wir eine stärkere Zusammenarbeit mit liberalen islamischen Organisationen an.

Drogen- und Suchtpolitik in Essen

Die Essener Drogen- und Suchtpolitik soll weiterhin auf dem bewährten Dreiklang aus Prävention, Therapie und Repression basieren. Dieses ganzheitliche Konzept hat sich als wirksame Grundlage erwiesen, um Suchtentstehung vorzubeugen, Betroffenen Hilfe anzubieten und gleichzeitig die öffentliche Ordnung zu gewährleisten. Hierzu werden wir die kommunale Suchthilfe zukunftsfähig aufstellen. Prävention und Repression müssen Hand in Hand gehen.

Hierzu werden wir im Rahmen eines Modellprojektes einen weiteren zentralen Aufenthaltsort für Drogenkonsumenten einrichten.

Zukunft der Gesundheitsversorgung

Wir haben die gravierenden Herausforderungen durch Krankenhausschließungen im Essener Norden erkannt und bereits entschlossen reagiert. Mit dem Gesundheitszentrum in Stoppenberg, dem Kindergesundheitszentrum Altenessen und den beiden Gesundheitskiosken haben wir innovative und wohnortnahe Lösungen etabliert. Die Gesundheitskioske wollen wir deshalb in ihrer Funktion und in ihren bisherigen Angeboten überprüfen und weiterentwickeln. Unser Fokus liegt auf der Förderung und dem Ausbau von niederschweligen Anlaufstellen, insbesondere im Essener Norden, inklusive der Schaffung und Bewerbung mehrsprachiger Einrichtungen für eine ambulante Akutversorgung oder stationäre Weiterbehandlung. In diesem Zusammenhang bietet die Weiterentwicklung der neugegründeten Gesundheitszentrum Essen gGmbH für die Stadt eine wichtige Chance, aktiv und organisatorisch an der medizinischen Versorgung in Essen mitzuwirken – insbesondere in den Bezirken V und VI, in denen die Versorgungssituation besondere Aufmerksamkeit erfordert. Um Versorgungsengpässe in sozial benachteiligten Quartieren zu vermeiden, werden wir die Strukturen des teilkommunalen Gesundheitszentrums Essen stärker nutzen und weitere Standorte prüfen. Dies soll die Lücken schließen und jungen Ärztinnen und Ärzten attraktive Einstiegsmöglichkeiten bieten. Wir setzen uns zusätzlich für eine bedarfsgerechte und wohnortnahe Facharztversorgung in allen Stadtteilen ein.

Kindergesundheit

Ein weiterer Schwerpunkt liegt für uns auf der Gesundheitsprävention für Kinder. Gesundheitserziehung soll als fester Bestandteil in Kindertagesstätten und Grundschulen verankert werden. Besonders herausfordernd ist die Gesundheitsprävention bei Kindern, die vor der Einschulung keine öffentlichen Betreuungsangebote wahrnehmen oder keinen regelmäßigen Zugang zu kinderärztlicher Betreuung haben. Dies betrifft häufig Familien mit Migrationshintergrund. Eine intensivere Zusammenarbeit mit Multiplikatoren dieser Bevölkerungsgruppe sowie der Ausbau aufsuchender Angebote – etwa durch Hebammenservices – sind daher von besonderer Bedeutung.

Aufgrund dieser Erkenntnisse entwickelt die Stadtverwaltung ein integriertes Konzept zur Kindergesundheit, das Früherkennung, Ernährungsbildung, Bewegungsförderung und Hilfen bei psychosomatischen Problemen umfasst. Zudem prüfen wir die dezentrale Ansiedlung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) im Umfeld des ehemaligen Marienhospitals. Ein weiteres Ziel ist der barrierearme Zugang zur ganzheitlichen Gesundheitsversorgung. Wir wollen daher zusätzlich einen „Lotsendienst im öffentlichen Gesundheitsdienst“ etablieren.

Dieser soll als Bindeglied zwischen Geburtskliniken, niedergelassenen Kinder- und Jugendärzten, Gynäkologen und sozialen Unterstützungsangeboten fungieren.

Die Prävention im Bereich psychischer Gesundheit wird gestärkt. Die Stadt setzt auf Aufklärung, niedrigschwellige Angebote und Kooperation mit Schulen, Betrieben und Beratungsstellen. Insbesondere auch in Hinblick auf Menschen mit Migrationshintergrund ist eine deutliche Verbesserung dieser Angebote notwendig.

Inklusion

Wir bekennen uns zur konsequenten Umsetzung des Aktionsplans „Essen inklusiv“. Ziel ist eine barrierefreie Stadt, die Menschen mit Behinderungen gleichberechtigte Teilhabe in allen Lebensbereichen ermöglicht. Inklusion ist und bleibt eine Querschnittsaufgabe.

Ganzheitliche Seniorenpolitik

Eine zukunftsfähige Seniorenpolitik muss auf gesellschaftliche Teilhabe, ein selbstbestimmtes Leben im Alter und eine gut ausgebaute Pflegeinfrastruktur setzen. Die Zentren 60plus werden in ihrer Arbeit gestärkt und dauerhaft erhalten. Darüber hinaus ist die Begleitung und Forcierung der sozialen Netzwerke (Wohlfahrtsverbände, andere Träger) von großer Bedeutung. Eine enge Kooperation und der Austausch zwischen den verschiedenen Akteuren schaffen Synergien und fördern ein starkes, tragfähiges Netzwerk für ältere Menschen in Essen. Wir setzen uns für den konsequenten Ausbau barrierefreier Wohnungen und ihre Bezahlbarkeit ein. Um frühzeitig Hilfestellungen anzubieten, setzen wir uns für die Einrichtung einer „Fachstelle Prävention für Seniorinnen und Senioren“ ein. Doppelstrukturen zu den Zentren 60plus sollen vermieden werden. Wir setzen uns für eine professionelle Anlaufstelle „Erwerbstätigkeit und Rente“ innerhalb der Verwaltung ein, die Information, Beratung und Jobvermittlung für ältere Erwerbswillige anbietet. Eine zentrale Erstanlaufstelle gegen drohende Verwahrlosung wird geschaffen, um frühzeitig Hilfen anzubieten und Fälle sozialer Isolation oder Überforderung zu erkennen und zu begleiten. Diese Anlaufstelle steht Angehörigen, Nachbarn und weiteren Personen offen. Darüber hinaus wollen wir den Seniorenbesuchsdienst ausbauen, um Einsamkeit im Alter vorzubeugen. Die Stadt fördert weiterhin Kooperationen mit Ehrenamtlichen, Wohlfahrtsverbänden und Nachbarschaftsinitiativen. Der steigende Pflegebedarf erfordert eine Stärkung der stationären und ambulanten Pflegeangebote. Wir setzen uns für eine ausreichende Anzahl an Kurzzeitpflegeplätzen sowie die gezielte Förderung der häuslichen Pflege ein. Besonders pflegende Angehörige brauchen bessere Unterstützungsangebote, sei es durch Beratung, finanzielle Anreize oder Entlastungsangebote wie Tagespflegeeinrichtungen. Die kommunale Pflegebedarfsplanung wird regelmäßig aktualisiert und fortgeschrieben.

Sport & Kultur

Leitbild Sportstadt Essen

Essen ist Sportstadt im Spitzen- wie im Breitensport. Wir wissen: Ohne Breite keine Spitze, und ohne Spitze keine Breite. Nur wenn der Breitensport starke Grundlagen legt, kann der Spitzensport wachsen und begeistern. Und umgekehrt motivieren sportliche Vorbilder viele Menschen, selbst aktiv zu werden. Deshalb wollen wir beides zielgerichtet und sinnvoll unterstützen und fördern. Wir wollen so die Bedingungen für sportliche Vielfalt und Leistung in allen Stadtteilen verbessern.

Wir sagen auch deutlich: Gewalt und jegliche Form von Diskriminierung haben im Sport keinen Platz und müssen konsequent mit allen Mitteln bekämpft werden.

Politik und Verwaltung können die Aufgaben der Zukunft im Sport – insbesondere mit Blick auf die Vereine – nicht allein bewältigen. Deshalb werden wir die positive Zusammenarbeit mit dem ESPO fortsetzen, gezielt ausbauen und die Vereine weiterhin aktiv unterstützen.

Sportinfrastruktur, Modernisierung und Entwicklung

Baustellen in Turnhallen belasten viele Vereine und Sporttreibende erheblich. Da Ersatzkapazitäten oft fehlen, wollen wir Sanierungen künftig zügiger und planvoller umsetzen – mit einem klaren Fokus auf die Nutzbarkeit und einer engen Abstimmung mit den betroffenen Vereinen. Wir erstellen eine Prioritätenliste und verbessern die Kommunikation. Vereine sollen frühzeitig klare Zeitpläne erhalten, wann und wie lange ihre Sportstätten nicht nutzbar sind. Wo möglich, sollen ihre Wünsche berücksichtigt werden. Wir wollen Kooperationen zwischen Schulen, Vereinen und anderen Trägern fördern, um Nutzung von Sportstätten zu optimieren, Teilhabe zu stärken und langfristig tragfähige Strukturen für Sport und Bewegung zu schaffen. Wir werden die bestehenden Kunstrasenplätze regelmäßig erneuern. Außerdem führen wir ein fortlaufendes Sportstätten-Monitoring ein, das regelmäßig über den Zustand der Anlagen und Bäder berichtet, Sanierungsbedarfe frühzeitig erkennt und Maßnahmen gezielt plant. Um Sanierungen zu beschleunigen und Bauzeiten zu minimieren, werden wir verstärkt auf die Expertise Dritter und der GVE zurückgreifen.

Auf noch ungenutzten Flächen unserer Sportanlagen wollen wir gezielt kleine Spielfelder errichten, um dem Mangel an Trainingszeiten entgegenzuwirken und der wachsenden Nachfrage gerecht zu werden.

Nicht genutzte Trainingszeiten führen zu Engpässen. Wir werden die tatsächliche Nutzung kontrollieren und bei Bedarf steuernd eingreifen. Vereinen soll ermöglicht werden, Trainingszeiten zeitweise zurückzugeben. Die Nutzung wird flexibler gestaltet und die Auslastung optimiert. Auch die Vergabe der Schwimmzeiten wird neu strukturiert. Die

Aufteilung wird regelmäßig überprüft und gemeinsam mit allen Beteiligten angepasst. Neben klassischen Sportanlagen gewinnen öffentliche Sport- und Bewegungsangebote insbesondere auf Grünflächen, Spielplätzen und Schulhöfen an Bedeutung. Wir wollen dieses Angebot ausbauen, um allen Altersgruppen mehr Bewegungsmöglichkeiten zu bieten. Aufgegebene Sportflächen sind zeitnah und nachhaltig zu entwickeln und sinnvoll zu nutzen. Die bisherigen Beispiele zeigen, dass eine Beschleunigung notwendig ist.

Bäder und Schwimmsport

Das in die Jahre gekommene Grugabad werden wir als Freibad sanieren. Den Überlegungen zu einem kostenintensiven Umbau als Ganzjahresbad erteilen wir eine klare Absage. Im Mittelpunkt der Sanierung steht für uns die Realisierung eines funktionalen und attraktiven Baderlebnisses für alle Nutzerinnen und Nutzer. Wo immer möglich, wollen wir den gewachsenen Bestand erhalten. Zugleich wollen wir die Möglichkeit schaffen, den Schwimmbereich (Sportbecken) unabhängig von den übrigen Betriebsflächen zu öffnen und so einen optimierten Personaleinsatz zu gewährleisten. Der begleitende Beirat aus Politik und Verwaltung sowie eine regelmäßige Berichterstattung im Ausschuss für die Sport- und Bäderbetriebe werden den Prozess eng begleiten.

Damit jedes Kind in Essen schwimmen lernen kann, werden wir zusätzliche Lehrschwimmbecken errichten, basierend auf einer Bedarfsanalyse auf Quartiersebene. Bei allen Schulneubauten soll die Integration von Schwimmflächen von Anfang an geprüft werden. So stellen wir sicher, dass Kinder, Schulen und Vereine gleichermaßen profitieren. Darüber hinaus werden wir prüfen, welche Möglichkeiten es gibt, mehr Kurse für das Schwimmbadzeichen Bronze anzubieten.

Unsere Bäder sind nur so gut wie die Menschen, die dort arbeiten. Auch in Essen spüren wir einen Fachkräftemangel. Deshalb wollen wir alle Möglichkeiten ausschöpfen, um neues Personal zu gewinnen, attraktive Anreize zu schaffen und langfristig ein qualifiziertes Team zu sichern.

Wir setzen uns für die Wiedereinführung der Warmbadetage ein.

Sportliche Großprojekte

Die Olympischen und Paralympischen Spiele 2036 oder 2040 sind ein sportliches Ereignis von außergewöhnlicher Bedeutung. Wir unterstützen die Bewerbung ausdrücklich und wollen diesen Weg im Schulterschluss mit den Menschen in unserer Region gehen. Wir werden den notwendigen Ratsbürgerentscheid initiieren und als Chance nutzen, die Vorteile der Spiele für unsere Metropolregion zu vermitteln, Vorbehalte abzubauen und Vertrauen in eine nachhaltige und bürgernahe Olympia-Bewerbung zu schaffen.

Wir werden das Stadion durch die Schließung der vier Ecken ausbauen und damit eine moderne Heimat für RWE und die SGS Essen schaffen. Zugleich machen wir es fit für Großereignisse. Parallel verbessern wir die verkehrliche Infrastruktur rund um das Stadion, auch mit Blick auf

den ÖPNV. Auf ein kostenintensives Fahrradparkhaus wird verzichtet; stattdessen schaffen wir zusätzliche Fahrradstellplätze und eine Parkpalette für Kfz.

Wir werden den Neubau einer Eishalle vorantreiben, die Vereinen und Öffentlichkeit dient. Bis zur Fertigstellung wird das Bestandsgebäude betriebsfähig gehalten, um eine eissportfreie Zeit zu vermeiden. Die Idee einer multifunktionalen Sportarena wird – wenn möglich – am selben Standort realisiert.

Mit der schnellstmöglichen Fertigstellung der Regattatribüne wird der Wassersport am Baldeneysee bereits deutlich aufgewertet. Darauf aufbauend entwickeln wir den Regattabereich weiter. Das Bootshaus wird barrierefrei ausgebaut, auch zur Etablierung als paralympischer Stützpunkt. Unser Ziel ist es gleichzeitig auch, die Wegstrecke rund um den Baldeneysee, nicht nur für Sportlerinnen und Sportler, sondern für alle attraktiv und sicher zu machen. Dazu gehört auch eine durchgehende Beleuchtung sowie eine Barrierefreiheit für das Stauwehr Essen-Werden.

Sportplanung, Strategie und Steuerung

Wir werden eine kommunale Sportentwicklungsplanung aufstellen, die Bedarfe vor Ort berücksichtigt, aktuelle Entwicklungen aufgreift und im Schulterschluss mit allen relevanten Akteuren erarbeitet wird. Teile der bisherigen integrierten Sportentwicklungsplanung werden einbezogen.

Wir wollen Sportvereine von unnötiger Bürokratie entlasten und sie gezielt fragen, wo Verfahren vereinfacht, Entlastungen geschaffen und digitale Lösungen genutzt werden können.

Wir evaluieren das strukturelle Defizit der Sport- und Bäderbetriebe und entwickeln Maßnahmen zur Lösung. Investiv wird die Stadt verstärkt Förderprogramme nutzen.

Essen als Kulturstadt

Essen hat als Kulturhauptstadt 2010 eindrucksvoll gezeigt, wie der Wandel von der Industriestadt hin zu einer lebendigen Kultur- und Kreativstadt gelingen kann. Orte wie das Welterbe Zollverein verbinden Geschichte, Gegenwart und Zukunft und sind zu kulturellen und touristischen Markenzeichen geworden.

Die Essener Kulturlandschaft ist vielfältig und das Zusammenspiel vieler Akteure – der freien Szene, privater und städtischer Einrichtungen, der Verwaltung, Politik, Kreativen und der Bevölkerung. Essen braucht sowohl Spitzenkultur als auch breite Teilhabe. Unser Ziel ist es, Exzellenz zu ermöglichen und zugleich den Zugang zu erleichtern, sodass sich alle gesellschaftlichen Gruppen in dieser Kulturlandschaft wiederfinden können. Essen lebt Kultur – Essen ist Kulturstadt.

Theater und Philharmonie Essen

Die Theater und Philharmonie Essen (TuP) mit ihren fünf Sparten ist ein zentraler Bestandteil der Essener Kulturlandschaft und steht für künstlerische Exzellenz und kulturelle Bildung. Um dieses Angebot für alle Teile der Stadtgesellschaft – sprich ein breites Publikum – auch mit modernen Formaten zu sichern, braucht die TuP auskömmliche finanzielle Mittel, eine angemessene räumliche Ausstattung sowie wirtschaftlich verantwortungsvolles Handeln. Die Zielgruppe Kinder, Jugendliche und Menschen mit besonderen Bedürfnissen ist besonders zu berücksichtigen.

Wir unterstützen die Anstrengungen der TuP, ausreichende Werkstatträumlichkeiten für alle Sparten zu bieten, damit Produktionsabläufe erleichtert und Arbeitsbedingungen verbessert werden. Finanzielle und strukturelle Verbesserungen müssen einhergehen mit einer klaren Aufgaben- und Zieldefinition für die TuP.

Kultur im Quartier – Bibliotheken und Kulturorte

Die Essener Bibliotheken sollen als moderne „Dritte Orte“ weiterentwickelt werden, die Lernen, Begegnung, kulturelle Bildung und Teilhabe ermöglichen. Mit der neuen Zentralbibliothek entsteht in der Innenstadt ein attraktiver öffentlicher Raum, der über die klassische Ausleihe hinaus vielfältige analoge und digitale Angebote sowie Möglichkeiten zum Ausprobieren, Entdecken und Verweilen bietet. Die bereits modernisierte Stadtteilbibliothek in Huttrop dient als Vorbild für die schrittweise Weiterentwicklung weiterer Standorte zu offenen, einladenden Häusern – insbesondere in Stadtteilen mit bislang geringem Zugang zu Kultur- und Veranstaltungsorten. Auch mobile Angebote sollen stärker berücksichtigt werden.

Wir streben eine bedarfsgerechte Ausstattung des gesamten Stadtgebiets mit gut erreichbaren, sichtbaren und leistungsfähigen Bibliotheksstandorten an, möglichst im Verbund mit anderen Einrichtungen im Quartier. Verlässliche Öffnungszeiten müssen durch ausreichendes Personal gewährleistet werden; ergänzend prüfen wir das Konzept der „Open Library“ für erweiterte Zugänge außerhalb der Kernzeiten. Die Gebührenfreiheit für Minderjährige wird beibehalten.

Kultur findet nicht nur an den großen Einrichtungen statt. In den Stadtteilen sorgen Initiativen, kleine Galerien sowie Straßen- und Kulturfeste dafür, dass hier nicht nur gewohnt, sondern auch gelebt wird. Der hohe Stellenwert von Kultur im Quartier soll sich auch in der Kulturarbeit der Bezirksvertretungen widerspiegeln. Ziel ist es, in jedem Essener Stadtbezirk mindestens einen öffentlich zugänglichen Kulturort zu haben.

Freie Szene

Die freie Kulturszene – bestehend aus unabhängigen Künstlerinnen und Künstlern, Ensembles und Gruppen – ist ein wichtiger Bestandteil des Essener Kulturlebens und trägt maßgeblich zur kulturellen und gesellschaftlichen Vielfalt der Stadt bei. Um ihre Strukturen zu sichern und

steigende Personal- und Sachkosten verlässlich aufzufangen, soll das Budget für die freie Szene dauerhaft angehoben werden.

Kulturelle Bildung und Teilhabe

Kulturelle Bildung ist essenziell für die Persönlichkeitsentwicklung, gesellschaftliche Teilhabe und Integration. Sie begleitet und verbindet Menschen idealerweise ein Leben lang, beginnend in Kindheit und Jugend.

Wir wollen kulturelle Bildung weiter stärken und ihre Angebote bedarfsgerecht weiterentwickeln, sodass alle Menschen – unabhängig von Alter, Herkunft oder Einkommen – Zugang zu Bildung, kultureller Entfaltung und kreativen Ausdrucksmöglichkeiten haben. Dazu gehören das Erleben von Kulturveranstaltungen, das Lesen, Singen, Tanzen sowie das Kennenlernen und Erlernen von Instrumenten. Der Volkshochschule und der Folkwang-Musikschule Essen kommt hierbei eine besondere Rolle zu.

Wir fördern die Arbeit aller Akteure kultureller Bildung und achten dabei auf eine gute Erreichbarkeit der Angebote in allen Stadtteilen.

Erinnerungskultur

Die Geschichte unserer Stadt muss lebendig gehalten werden. Orte wie die Alte Synagoge, das Haus der Essener Geschichte/Stadtarchiv und die Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus übernehmen eine zentrale Rolle und einen Bildungsauftrag in der Aufarbeitung unserer Vergangenheit.

Wir wollen die Kooperationen mit Schulen und Bildungseinrichtungen ausbauen, um insbesondere jungen Menschen den Zugang zu Geschichte, Demokratiebildung und interkulturellem Verständnis zu erleichtern. Dazu gehören eine Stabilisierung und Erweiterung der Öffnungszeiten sowie die Stärkung der personellen Ressourcen.

Wir setzen uns dafür ein, dass diese Orte weiterhin finanziell gesichert, modernisiert, digitalisiert und für folgende Generationen zugänglich gemacht werden. Erinnerungskultur ist nicht nur Gedenken, sondern auch ein wichtiges Fundament für demokratische Werte und gesellschaftlichen Zusammenhalt.